

GENERALREDEN

ÖVP

Gemeinderätin Sissi POTZINGER

Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Nach dieser fulminanten Rede unseres Herrn Finanzstadtrates kann ich nur eines sagen, gestern war der dritte Adventsonntag, Gaudete genannt, wir freuen uns wirklich, dass wir so gute budgetäre Zukunftsaussichten für unsere Stadt haben.

Ich habe mir ein Motto gewählt für meine Rede, das lautet:

„HARTE ARBEIT ZAHLT SICH AUS – SPITZENLEISTUNGEN SICHERN EINE GUTE ZUKUNFT FÜR UNSERE STADT!“ (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Potzinger**: Nein, inspiriert hat mich ein junger Sportler. Vor wenigen Tagen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) freuten sich unsere Schi-Asse über den ersten österreichischen Sieg in dieser Saison – Marcel Hirscher kommentierte seinen Erfolg in Beaver Creek mit den Worten: „Es tut gut, wenn man sieht, dass sich die harte Arbeit ausgezahlt hat“.

Diese Grundhaltung, die Talente durch entsprechende Förderung und Forderung optimal einzusetzen, prägt auch den Erfolgskurs unserer Stadt (*Applaus ÖVP*). Ich meine die Talente im biblischen Sinne als finanzielle Ressourcen und Begabungen und Stärken aller Menschen – ich betone: wirklich aller - jeder Mensch kann mit seinen Talenten unsere Gesellschaft bereichern – das fröhliche Lachen der Kinder, die von ihren Familien und in Betreuungseinrichtungen liebevoll gefördert werden ebenso wie der dankbar-zufriedene Blick eines Hochbetagten, der mit einem zarten Händedruck auf die liebevolle Fürsorge seiner Betreuerin reagiert, sind wertvoll für das Gemeinwohl ebenso wie schulische, sportliche, kulturelle, wirtschaftliche und wissenschaftliche Spitzenleistungen (*Applaus ÖVP*).

Die Stadt Graz hat in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle, was harte Arbeit und Spitzenleistungen betrifft.

Wir können uns fast täglich davon überzeugen, dass Graz ein besonders guter Boden für Exzellenz ist. Vor wenigen Tagen konnten wir im MUMUTH, diesem wunderbaren neuen Treibhaus für junge Talente, der Preisträgerin des „Gradus-ad-Parnassum-Bewerbes“ gratulieren, Sophie RENNERT, eine Grazerin, hat gleich zwei Preise abgeräumt, auch den österreichweiten Jugendpreis 2011.

Die Grazer Schülerinnen und Schüler haben ebenfalls einen wahren Goldregen an Auszeichnungen nach Hause gebracht – beispielsweise nenne ich den Alexander Pflieger vom Akademischen Gymnasium, der die Goldmedaille bei der Physikolympiade errungen hat.

Warum nenne ich eine Olympiade? Den olympischen Gedanken möchte ich aufgreifen, da die humanistischen Werte des antiken Griechenland auch in der heutigen Budgetpolitik unserer modernen prosperierenden Stadt erkennbar sind – dazu eine Begebenheit aus dem Leben des berühmten Philosophen Sokrates, der, als er nach dem Weg zum Olymp gefragt wurde, folgende Antwort gab: „Wenn du wirklich zum Olymp willst, dann Sorge dafür, dass jeder deiner Schritte dich in diese Richtung trägt.“ Zielgerichtetheit, Fleiß und Konsequenz machen sich bezahlt. Auch die Olympischen Spiele bringen jedes Mal nach dem altgriechischen Vorbild Spitzenleistungen hervor, ich betone altgriechisch, denn das moderne Griechenland

sollte sich dringend mit einem Blick auf die antike Göttin der Weisheit, Pallas Athene, daran erinnern.

Graz bleibt dank der weisen Budgetpolitik unseres Finanzstadtrates Gerhard Rüscher eine harte Schuldenbremse mit schmerzhaften Auswirkungen wie auf Bundes- und Landesebene erspart (*Applaus ÖVP*). Der gute Weg der Budgetkonsolidierung wird von ihm seit zehn Jahren konsequent fortgesetzt. Insbesondere im Verwaltungsbereich bleiben die Ausgaben wieder unter 190 Millionen Euro. Im Sozialbereich steigen die Ausgaben auf 223 Millionen Euro, eine beachtliche Summe, 19 Millionen davon sind der Anteil für die Mindestsicherung – darauf wird mein Kollege Thomas Rajakovics noch näher eingehen. Das Budget für Unterricht und Sport wird um sieben Millionen ausgeweitet auf 101 Millionen Euro, ich freue mich, dass wir auch im Frauenreferat eine Steigerung haben, danke, Herr Finanzstadtrat (*Applaus ÖVP*).

Graz ist ständig bemüht, geistige Horizonte zu erweitern, ich nenne jetzt Beispiele. Das Konfuzius-Institut an der Karl-Franzens-Universität ist in diesem Sinne eine weitere Bereicherung. Auch die vor zweihundert Jahren gegründete Technische Universität darf sich über Top-Rankings freuen – beispielsweise die TU mit technischer Physik im Europäischen Spitzenfeld. Dazu passt auch die einzigartige Erfolgsgeschichte des Science Park Graz, wo Universitätsabsolventen mit guten Geschäftsideen in einer frühen Phase ihres Gründungsvorhabens mit Beratung, Coaching und Fördermitteln unterstützt werden. Dabei werden ausschließlich innovative Unternehmen mit besonders hohem Wachstumspotential gefördert – mittlerweile konnten allein (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) dadurch über 300 neue Arbeitsplätze geschaffen werden – nicht zuletzt dank der von unserem Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl initiierten Subvention, die hier überaus reiche Früchte trägt – ein Beispiel dafür, dass Fördermittel der Stadt Graz keine Budgetbelastung, sondern eine nachhaltige Zukunftsinvestition sind und signalisieren, dass sich harte Arbeit auszahlt (*Applaus ÖVP*).

Es ist eine besondere Ehre für unsere Stadt, dass die UNESCO Graz zur ersten österreichischen „CITY OF DESIGN“ gekürt hat. Unsere Stadt wurde damit auch in das internationale Netzwerk der UNESCO Creative Cities aufgenommen.

Graz liegt auch bei der „E-Mobility“ im Spitzenfeld. Wenn in wenigen Wochen die große „E-Mobility-Conference 2012“ in der Stadthalle über die Bühne geht, wird Graz einmal mehr zur „Hauptstadt der Elektromobilität“. Wieder werden Top-Vortragende aus der ganzen Welt nach Graz kommen. Graz hat als Austragungsort für internationale Konferenzen und Kongresse einen exzellenten Ruf. Da ich den Herrn Bürgermeister immer wieder bei Empfängen vertreten darf, hatte ich schon mehrfach die Gelegenheit, mit Teilnehmern und Gästen aus aller Welt zu sprechen. Sie schätzen Graz nicht nur als hervorragenden Bildungs- und Wissenschaftscluster – sie sind auch begeistert vom Ambiente, dem Flair und der Atmosphäre in unserer Stadt – mittlerweile nehmen sie Einladungen zu Kongressen ganz besonders gerne wahr, wenn sie in Graz stattfinden. Menschen, die als Gäste, Lehrende oder Studierende nach Graz kommen, öffnen uns „Einheimischen“ immer wieder neu die Augen für die Schönheiten und die herausragende Lebensqualität in unserer Stadt (*Applaus ÖVP*). Immer wieder erzählen die Gäste, wie wohl sie sich in unserer Stadt fühlen.

Der Kongresstourismus ist ebenso wie der Kulturtourismus auch eine wichtige Säule für die Hotellerie, die Gastronomie und die Handelsbetriebe in unserer Stadt. Beispielsweise haben heuer in der zweiten Oktoberwoche über 250.000 Passanten und Passantinnen die Grazer Herrengasse frequentiert. Dieter Hardt-Stremayr, der Leiter von Graz Tourismus, vermeldete kürzlich voll Freude, dass die Nächtigungszahlen in Graz auf dem Höchstniveau sind. Diese Nachricht ist wohl auch Balsam für unser Budget und ein Beweis für die Nachhaltigkeit des Kulturhauptstadtjahres 2003. Harte Arbeit zahlt sich auch hier aus (*Applaus ÖVP*).

Das vielfältige Kulturangebot erfreut die Bewohner der Stadt ebenso wie unsere Gäste, an dieser Stelle möchte ich mit einem Vorurteil aufräumen, dass die Bühnen Graz unser Budget überproportional belasten. Natürlich kostet die Kultur den Steuerzahlern viel, aber, wenn uns eine aktuelle Studie zeigt, dass Oper, Schauspielhaus und Co auch riesige ökonomische Effekte erzielen, können wir sehr

froh sein. Die Bühnen Graz schaffen eine Wertschöpfung von 64 Millionen Euro, das ist mehr als doppelt so viel, wie an Investitionen aus dem Budget kommen und sie bringen zusätzlich zirka 20 Millionen Euro durch die Belebung des Tourismus in die Stadt. Rund 500.000 verkaufte Karten im Jahr lassen auf den großen Personenkreis schließen, der von diesem Kulturangebot profitiert. Das persönliche Erleben von Kunst und Kultur ist für viele Menschen entscheidend für hohe Lebensqualität, Sinnstiftung und Gemeinschaft (*Applaus ÖVP*).

Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Geschehen teilhaben können. Soziale Inklusion muss gelebt werden, deshalb haben wir uns massiv dafür eingesetzt, dass endlich für Menschen mit geringem Einkommen ein leicht administrierbares, effizientes Instrument geschaffen wird, um leichter in den Genuss von Vergünstigungen zu kommen. Unter dem Arbeitstitel Sozialpass soll eine Bürgerkarte entwickelt werden, die spätestens im Herbst 2012 wirksam wird. Im Sozialausschuss haben wir unter anderem eine wesentliche Verbesserung für den Zugang zu Sozialleistungen dahingehend empfohlen, dass es mindestens zwei Stufen geben soll, um zu vermeiden, dass, anders als bei dem Alles-oder-Nichts-Prinzip, nicht nur Menschen mit sehr geringem, sondern abgestuft auch mit geringem Einkommen von den Bonifikationen profitieren können (*Applaus ÖVP*), wir wollen eine hohe Lebensqualität für alle Menschen in der Stadt.

Lebenslange Weiterbildung ist deshalb im Gesundheitsbereich besonders wertvoll. Ich nenne hier MINI MED, zu Semesterstart konnte unser Herr Bürgermeister 350 Besucher und Besucherinnen begrüßen – Graz ist auch hier Spitze mit über 300 Teilnehmern bei jeder MINI MED-Veranstaltung. Graz leistet auch damit einen wertvollen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge. Ich muss natürlich da auch wieder an die Kleinen denken, Prävention beginnt im Kleinkindalter, da haben wir in Graz die von Professor Michael Höllwarth zur Vorbeugung und Vermeidung von Kinderunfällen eingerichtete „Bärenburg“ in der Grazer Kinderklinik, die europaweit eine Vorbildrolle hat und von Familien aber auch von Schulen und Kindergärten sehr gerne genützt.

Leider gibt es im Grazer Gesundheitsressort ein politisches Vakuum, wie unsere Gesundheitssprecherin, meine Gemeinderatskollegin Verena Ennemoser, schon mehrfach feststellte, durch den häufigen Wechsel der ressortverantwortlichen Stadträte wird das heute angelobte neue Mitglied des Stadtsenates ein großes, unbeackertes Betätigungsfeld vorfinden, ich wünsche alles Gute (*Applaus ÖVP*).

Zum Glück liegt die politische Verantwortung für die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen bei Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg in kongenialer Partnerschaft mit Frau Dr. Ingrid Zobel, Leiterin des Ärztlichen Dienstes im Amt für Jugend und Familie, die mit ihrem Team ebenfalls für österreichweit vorbildliche Spitzenleistungen verantwortlich zeichnet. Vor wenigen Wochen übergab sie an die Leiterinnen der Kindergärten und Kinderkrippen erstmals sogenannte „Gesundheitshandbücher“, wo Frau Dr. Zobel und ihre Mitarbeiterinnen wichtige Informationen für den Umgang mit kranken Kindern sowie Basis-Hygieneempfehlungen praxisnahe zusammengefasst haben. Auch die schulärztliche Untersuchung der Grazer Taferlklassler hat in ihrer Gründlichkeit und Kompetenz bundesweit Lob und Anerkennung erfahren – danke und herzlichen Glückwunsch – harte Arbeit zahlt sich aus (*Applaus ÖVP*).

Das familienergänzende Kinderbetreuungsangebot ist von Stadtrat Eisel-Eiselsberg massiv ausgeweitet worden – dies wurde nicht zuletzt deshalb notwendig, da Graz mit einem Einwohnerplus von fast 17 Prozent seit 2001 die am schnellsten wachsende Landeshauptstadt ist. Aufgrund des umfangreichen Ausbauprogramms der vergangenen Jahre hat die Stadt Graz gemeinsam mit privaten und kirchlichen Trägern die Empfehlungen des Europäischen Rates hinsichtlich der Versorgungsgrade für unter-drei-jährige und drei-bis-sechs-jährige Kinder bereits erfüllt. Erstmals gibt es keine langen Wartelisten mehr – jedes Grazer Kind, das einen Betreuungsplatz braucht, bekommt ihn auch. Das Service für die Grazer Eltern wird laufend verbessert. Ab dem kommenden Sommer werden auch alle Ferienangebote für Grazer Kinder in einer Datenbank ersichtlich sein. Die Familien erhalten in unserer Stadt vielfältige, wertschätzende Förderungen – wir wollen sicherstellen, dass alle jungen Menschen, die sich Kinder wünschen, in Graz optimale Voraussetzungen für ein glückendes Familienleben vorfinden. Wir befinden uns gerade im

Zertifizierungsprozess des Familienministeriums und hoffen, bald als erste große Stadt in Österreich den Titel „familienfreundliche Gemeinde“ verliehen zu bekommen. Auch die Beteiligung unserer jüngsten Bürger an demokratischen Prozessen gelingt mit dem Grazer „Kinderparlament“ in Kooperation mit dem Kinderbüro ausgezeichnet. Die Ideen und Empfehlungen der jungen Nachwuchsparlamentarier, die immer wieder sich hier im „hohen Hause“ in diesem Raum treffen, die viel Zeit und Energie investieren, werden von uns ernst genommen und tragen schon Früchte, beispielsweise bei der Gestaltung von Spielplätzen und Wohnstraßen – harte Arbeit zahlt sich aus (*Applaus ÖVP*).

Besonders erfreulich ist die Effizienzsteigerung im Jugendwohlfahrtbereich: Dank moderner Verwaltung – mit dem neuen Instrument der „Sozialraumorientierung“ konnten bei gleich bleibenden Ausgaben die Leistungen optimiert und zukunftssicher ausgebaut werden. Bedauerlicherweise weigert sich die amtierende Sozialstadträtin beharrlich, den Vorschlag ihrer Amtsvorgängerin Tatjana Kaltenbeck-Michl aufzugreifen, auch das Sozialressort in die Sozialräume zu integrieren – so kommen derzeit bis zu vier Mitarbeiterinnen zu ein und derselben Familie. Wir werden auch im kommenden Jahr diese dringend gebotene Bürgerorientierung und Verwaltungsvereinfachung einfordern. Gott sei Dank dominieren in Graz aber dank des erfolgreichen „Nagl-Rücker-Rüsch-Kurses“ Aufgeschlossenheit für Neues und Freude am Erfolg. Dies zeigt sich besonders beim Architektenteam des Hauses Graz, wo ich unbedingt unsere grüne Gemeinderatskollegin Dipl.-Ing. Daniela Grabe einbeziehen möchte: Der „Nagl-Rücker-Rüsch-Grabe-Erfolgskurs“ des Hauses Graz ist ein weiterer Beweis für mein „ceterum censeo“: Harte Arbeit zahlt sich aus (*Applaus ÖVP*).

Im Haus Graz blühen und gedeihen Spitzenleistungen wirklich in reichem Maße. Gerne nenne ich als Beispiel, wie wir mit behinderten Menschen, Menschen mit Behinderung umgehen. Graz hat als Stadt der Menschenrechte ein hohes Interesse daran, dass Menschen mit Behinderung ein qualitätsvolles Leben führen können. Die Absenkung von Gehsteigkanten, Akustikampeln oder behindertengerechte WC-Anlagen sind nur einige der Projekte, welche dazu beitragen, die Stadt barrierefrei zu

machen. Diese Maßnahmen kommen im Übrigen auch Jungfamilien mit Kinderwagen und mobilitätseingeschränkten Senioren zugute.

Auch im Bereich der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung kann sich die Murmetropole sehen lassen: Rund 500 GrazerInnen mit Behinderung haben ihren Arbeitsplatz im Haus Graz – eine Zahl, die österreichweit im Spitzenfeld liegt. An dieser Stelle möchte ich mich ganz besonders bei meinen Gemeinderatskollegen Kurt Hohensinner und Mario Kowald bedanken, die hier unermüdlich im Einsatz sind (*Applaus ÖVP*). Zwei weitere Beispiele für Spitzenleistungen zur Sicherung einer guten Zukunft mit höchster Lebensqualität sind die GGZ und die schwarz/grüne Wohnbauoffensive. Die Geriatrischen Gesundheitszentren erbringen medizinische und pflegerische Spitzenleistungen und entsprechen den Prüfkriterien des Rechnungshofes bezüglich Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit dank der kompetenten Geschäftsführung durch Herrn Direktor Dr. Gert Hartinger und die hervorragende Arbeit der Belegschaft in vorbildlicher Weise (*Applaus ÖVP*). Betreutes Wohnen und Kinderbetreuung in einem Haus machen die GGZ auch zu einem Aushängeschild für ein gutes Miteinander der Generationen. Über 500 neue leistbare, qualitätsvolle Wohnungen verdanken wir der schwarz/grünen Wohnbauoffensive von Stadtrat Gerhard Rüschi, der dafür auch die KPÖ ins Boot holte. Gemeinsam ist hier eine wesentliche Infrastrukturverbesserung gelungen – die Anstrengungen haben sich gelohnt – harte Arbeit zahlt sich aus (*Applaus ÖVP*).

Im Schulbereich setzt Frau Stadträtin Sonja Grabner Meilensteine für die Sicherung des Bildungsstandortes Graz. Selbstverständlich dürfen Ausgaben für diesen Bereich nicht als Budgetbelastung betrachtet werden – sie sind im besten Sinne Zukunftsinvestitionen. Zahlreiche Schulausbauvorhaben wurden bereits realisiert – weitere Investitionen sind mit dem Finanzstadtrat akkordiert. Im nächsten Jahr freuen wir uns in St. Peter besonders auf den Ausbau unserer Volksschule, es wird endlich den neuen Turnsaal geben, der dann auch mehrfach nutzbar als Veranstaltungsraum zur Verfügung stehen wird. Wir brauchen optimale Räume nach den Anforderungen der modernen Pädagogik und ein Ambiente, wo die Kinder sich wohlfühlen, gerne lernen, lachen und ihre Leistungen erbringen. Die Bereitstellung

der dafür benötigten Immobilien klappt dank der professionellen Arbeit der GBG mit ihrem Geschäftsführer Mag. Günther Hirner an der Spitze ganz hervorragend – auch hier gilt: Harte Arbeit zahlt sich aus (*Applaus ÖVP*).

Nicht unerwähnt lassen möchte ich auch die Aktion „Lesepatinnen und Lesepaten“ unserer Frau Stadträtin. Liebe Sonja, diese Aktion wird generationenübergreifend wirklich vorbildlich sehr gerne angenommen. Die Kinder haben Freude am Lesen und werden damit auch später am Arbeitsmarkt gute Chancen haben, wenn sie hohe Lesekompetenzen haben.

Unserem Finanzstadtrat Gerhard Rüschi und seinem Team ist es gelungen, den Konsolidierungskurs fortzuschreiben und mit dem Budgetvoranschlag für 2012 unsere Stadt auf eine sichere Zukunftsschiene zu bringen, wo jeder die Chance auf ein gutes Leben hat und niemand auf der Strecke bleibt. Ein großes Dankeschön auch dem Team des Finanzressorts mit Direktor Karl Kamper und allen vom Herrn Stadtrat Genannten, ich nenne den Michi Kicker, vielen Dank (*Applaus ÖVP*).

Ich komme zum Schluss und möchte einen kurzen Ausschnitt aus der Rede des profunden Grazer Politikwissenschaftlers Universitäts-Professor Wolfgang Mantl bringen, der anlässlich des 40. Todestages von Altlandeshauptmann Josef Krainer diesen großen Vater der Steiermark zitierte:

„Die Frage ist nicht, ob wir in unserer Arbeit erfolgreich waren, sondern ob die Menschen aus unserer politischen Arbeit Gewinn gezogen haben. Wir bemühen uns fortgesetzt, die Kraft aufzubringen, um uns einem permanenten Neuerungsprozess zu unterwerfen. Nur wenn wir dies tun, passen wir uns dem Wandel nicht nur an, wir sind dann auch der Entwicklung voraus und können sie beeinflussen.“

Mantl schloss mit den Worten: „Konkrete Politik erzeugt Werke des Alltags, aber auch Elemente der Zukunft.“

Landesvater Josef Krainer hat uns gezeigt: Eine Politik der Mitte und des Maßes ist kein Trampelpfad der Bequemlichkeit, sondern erfordert Entschlossenheit und Ausdauer, Charakterfestigkeit und Lebensfreude.“

Mit Blick auf seine politischen Erben, unseren Stadtvater Bürgermeister Siegfried Nagl und seine Regierungsmannschaft, mache ich mir um das Wohlergehen unserer Stadt keine Sorgen, denn:

„Harte Arbeit zahlt sich aus – Spitzenleistungen sichern eine gute Zukunft für unsere Stadt!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich appelliere an euch, setzen wir ein starkes Zeichen für die Zukunft unserer Stadt und beschließen wir das vorliegende Budget gemeinsam. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

SPÖ

Gemeinderat Karl-Heinz H E R P E R

Also, der Papa wird's schon richten, gell Sissi. Sissi, danke für deine wohlfeile Dankesrede, die ja besser passt in einen Beitrag zu „Schöner Leben“ (*Applaus SPÖ*). Ich möchte namens der sozialdemokratischen Fraktion, dir, lieber Michi Grossmann, zu Anfang noch einmal sagen, es ist toll, dass du dich dieser nicht einfachen Aufgabe gestellt hast. Lieber Stadtrat für Kultur und Gesundheit, du wirst viele harte Bretter bohren müssen in den nächsten Wochen und Monaten, aber du wirst es schaffen dank deiner dir innewohnenden charakterstarken Zähigkeit, deiner ruhigen Beständigkeit, dem Augenmaß, deiner Gesprächsfähigkeit, die ich immer beobachten durfte und miterleben konnte, deine Sachkompetenz und du wirst es mit Leidenschaft schaffen, die sozialdemokratische Fraktion freut sich, dich in unseren Reihen der Stadtsenatsriege zu haben, alles Gute, toi, toi, toi und alles Gute für die Zukunft (*Applaus SPÖ*).

Ich mache eine Vorbemerkung.

Der heutige Tag beginnt mit einer Solidaritätsadresse meinerseits, unsererseits für unsere Gemeindebediensteten, für unsere MitarbeiterInnen, ob sie Müll nun kutschieren, im Kanalnetz tätig sind, als Sekretärinnen im Büro oder als Krankenschwestern, KinderbetreuerInnen, Feuerwehrmänner, die alle ob Tag, ob Nacht für unsere BürgerInnen im Einsatz sind. Denn der Unmut über die Politik wächst gerade in jenem Teil der Bevölkerung, der in der unteren Hälfte der Einkommensskala liegt, der von den Entwicklungen der letzten 10 Jahre bestimmt nicht profitiert hat, und der jetzt das Gefühl bekommt, dass er allein oder vorwiegend die Suppe auslöffeln muss. Nicht Nulllohnstunden für kleine und mittlere Einkommen sollen auf der Tagesordnung stehen, meine feste Überzeugung, sondern die Heranziehung der höchsten Vermögen und Einkommen. So wie es eure ÖAAB-Chefin

Mikl-Leitner im besten „Panzerknacker“-Charme ausgerufen hat: „Her mit den Millionen, her mit dem Zaster, her mit der Marie!“ Gerade in einer Zeit der Krise brauchen wir ein Mehr an sozialem Verantwortungsbewusstsein und ein Fingerspitzengefühl für die Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs und in Verantwortung künftiger Generationen (*Applaus SPÖ*).

Werte Kolleginnen, werte Kollegen, lieber Bürgermeister Sigi Nagl, werte Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen!

Aus meinen mehr als 20 Jahren, die ich nunmehr diesem Gemeinderat bereits angehören durfte, weiß ich, dass Budget-Generalreden immer etwas Besonderes sind: Bieten sie doch über unser übliches politisches Tagesgeschäft hinaus die Möglichkeit, Rückblick und Ausblick zu halten.

Ich sage es offen heraus: Die heutige Generalrede fällt mir nicht leicht. Nicht deshalb, weil sie vielleicht meine letzte sein könnte; im Gegenteil, damit wäre es an sich umso reizvoller, in diesem Haus, vor euch, liebe Kolleginnen, vor der hohen Beamtenschaft, den MedienvertreterInnen, den Zuhörerinnen und Zuhörern, einerseits Bilanz zu ziehen, andererseits die Zukunft zu beleuchten.

Dass ich heute mit einem mehr als zwiespältigen Gefühl an dieses Rednerpult gegangen bin, hat einen anderen Grund. Und ich verrate keine Geheimnis, wenn ich euch, wenn ich Ihnen hier jetzt eröffne, dass wir als sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion lange überlegt haben, überhaupt eine Generalrede zu halten.

Denn die Art und Weise, wie dieses Budget zustande gekommen ist, dass StadtsenatsreferentInnen – sofern sie nicht der regierenden schwarz/grünen Koalition angehören – in ihren eigenen Ressorts budgetär bei ihren Gestaltungsmöglichkeiten behindert werden, nicht über Budgetschwerpunkte verhandeln können, sondern ihnen Eckdaten und Eckpunkte über den Tisch geschoben werden, empfinden wir als demokratiepolitisch bedenklich (*Applaus SPÖ*).

Und wir empfinden es als demokratiepolitisch bedenklich, dass – wenn Schwarz/Grün es in den Kram passt – plötzlich auch nicht mehr die abteilungs- beziehungsweise ressortspezifische Eckwerte der Vergangenheit als relevant gelten, wie noch im Vorjahr festgelegt wurde, sondern urplötzlich nur noch die Summe aller Eckwerte als Basis für die Budgeterstellung dient.

Nur zur Erläuterung, was ich damit meine: Wenn ein nicht schwarz/grünes Ressort durch Mehreinnahmen plötzlich mehr Bewegungsspielraum bei Projekten und Aktivitäten hätte, wird dies nicht zugestanden – stattdessen wird bei einem schwarz/grünen Ressort flugs der Eckwert angehoben, um dort ein paar Hunderttausend Euro mehr zur Verfügung zu haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das passt ja wiederum in das politische Denken, das Schwarz/Grün in dieser Periode an den Tag gelegt hat: „Mir san mir, die Stadt gehört Schwarz-Grün.“ Und nicht nur die Mitspracherechte und Mitgestaltungsmöglichkeiten jener Parteien, die mehr als 46 Prozent der Grazerinnen und Grazer repräsentieren – denn nur zur Erinnerung: Bei den Gemeinderatswahlen 2008 entfielen auf Schwarz/Grün gerade einmal 52,93 Prozent - wurden auf das Äußerste minimiert.

Auch die Kontrollmöglichkeiten hat man im selben Ausmaß, ja zum Teil sogar bis Null, reduziert.

Eine repräsentative Demokratie sieht meinem Dafürhalten nach, was die Zusammensetzung von maßgeblichen Gremien betrifft, jedenfalls anders aus (*Applaus SPÖ*): denn 52,93 Prozent können nicht über 100 Prozent der Sitze und damit 100 Prozent der Kontroll- wie auch der Mitentscheidungsmöglichkeiten bestimmen.

Ich verstehe es, dass Ihr, liebe Kolleginnen, auch du, liebe Sissi, von der ÖVP und speziell ihr in der grünen Fraktion es nicht hören wollt – weil das wirklich ein den Grundfesten der repräsentativen Demokratie widersprechender Schachzug war.

Aber indem ihr einerseits in einen Auslagerungsrausch verfallen seid, dessen Folgen offensichtlich euch erst jetzt – im Zuge der ursprünglich geplanten und jetzt doch noch abgesagten Kinderbetreuungs-GesmbH – ernüchert haben und ihr andererseits diese Gesellschaften fast ausschließlich mit schwarz/grünen Aufsichtsräten besetzt habt, vermittelt ihr den Eindruck, diese Stadt gehöre euch; und es regt sich verständlicherweise immer öfter der Verdacht, ihr hättet da und dort etwas zu verbergen (*Applaus SPÖ*).

Ich gehe jetzt nicht so weit, wie böse Zungen kürzlich – angesichts diverser Postenbesetzungen bei der Holding – meinten, zur Bananenrepublik fehlten uns eigentlich nur noch die Bananen (*Applaus SPÖ*). Aber insgesamt müsst ihr euch einen Vorwurf gefallen lassen: Ihr habt den Gemeinderat der Stadt Graz – laut Statut immerhin das oberste Organ in dieser Stadt – in vielen Teilbereichen weitgehend ausgeschaltet. Für euch ist das sicher gut und wichtig – bleibt doch damit manches Desaster, das eure Politik verursacht hat, mehr oder weniger unter den Teppich gekehrt.

Etwa die Kalamitäten rund um E-Mobility; etwa Fragen, inwieweit wirklich sorgfältigst, effizient und ohne Schaden für die Stadt das Dilemma mit der Variobahn, in der Öffentlichkeit treffend als „Donnervögel“ bezeichnet, behoben wird. Das alles kann entweder gar nicht oder nur mit allen Regeln der Vernunft sprengenden Schachzügen im Gemeinderat zur Sprache gebracht werden. Oder die Probleme mit der Fahrscheinkontrolle, auch so ein Beispiel.

Zwar ist bei all dem öffentliches Geld, nämlich das Steuergeld der Grazerinnen und Grazer, im Spiel. Aber Transparenz gibt es nicht, der Gemeinderat der Stadt Graz – ich wiederhole mich da gerne: das oberste Organ der Stadt – gilt als nicht zuständig. Dies

ist alles Sache des Aufsichtsrates – der ist natürlich ausschließlich besetzt durch Schwarz/Grün; und entsprechende Gemeinderatsinitiativen werden mit dem Hinweis auf die Geschäftsordnung abgewiesen.

Von den Personalrochaden gar nicht zu reden, lieber Heinz: Dass sich mittlerweile das halbe ehemalige Bürgermeisteramt bei der Holding auf Top-Positionen wiederfindet, ist selbstverständlich nur Zufall. Und nur mit einer etwas anderen Art der Objektivität, eurer subjektiven Objektivität zu erklären: Ihr haltet nur noch eure engsten Vertrauten, um nicht zu sagen Untergebenen, für Führungsaufgaben im Haus Graz prädestiniert.

Im Übrigen: Auch in den jüngsten Dienstpostenplänen findet sich ja Vergleichbares wieder. Und wenn man Gerüchten Glauben schenken darf, wird bereits an den nächsten Rochaden gebastelt: Die künftigen LeiterInnen von drei wichtigen Abteilungen gelten bereits jetzt, lange im Vorfeld, als fixiert, da werden bereits die entsprechenden Namen kolportiert.

Wie gesagt: Es gäbe viele Gründe, heute keine Budgetrede zu halten, um damit die Enttäuschung und die Verärgerung darüber zu demonstrieren, wie sehr Schwarz/Grün demokratiepolitischen Grundsätzen widerspricht, wie sehr Schwarz/Grün die Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten dieses Gemeinderates beschneidet.

Es gibt aber einen gewichtigen Grund, heute doch am RednerInnenpult zu stehen: Die Art und Weise, wie ihr diese Budgetmalaise in ein positives Licht zu rücken versucht, kann nicht unwidersprochen bleiben, lieber Gerhard.

Herr Finanzstadtrat, du weißt, ich schätze dich persönlich sehr und wir haben immer ein gutes Verhältnis. Aber es ist mir nahezu unverständlich, wie du ohne vor Scham zu erröten, es schaffst, von positiven Budgetzahlen, von einem Plus in der laufenden Gebarung zu reden.

Auf einem italienischen Mercator wäret ihr, liebe schwarz/grüne Koalition, wahrscheinlich unschlagbar: Ihr schafft es tatsächlich, dieses Budget mit einem Plus von 21,6 Millionen im laufenden Saldo zu verkaufen. Soll heißen, der Öffentlichkeit versucht ihr weiszumachen, dass die Einnahmen in der OG um 21,6 Millionen über den Ausgaben liegen. Papier ist bekanntlich geduldig, auf diesen vielen hundert Budgetseiten habt ihr das bis aufs Äußerste ausgereizt. Indirekt bestätigt ihr damit den französischen Diplomaten und Schriftsteller Romain Gary: „Bei der nächsten Sintflut wird Gott nicht Wasser, sondern Papier verwenden“ (*Applaus SPÖ*).

Kratzt man nämlich an der Fassade des Zahlenkonvoluts, tut sich urplötzlich ein Potjomkinsches Dorf auf. Da sind an Einnahmen 33,8 Millionen Euro von der Holding für die Pensionsabschlagszahlung ausgewiesen.

Nur zur Erinnerung: Diese Summe fließt heuer zum letzten Mal von der Holding – und dieses Geld bekommt die Stadt dafür, dass nunmehr nicht die Holding für die Pensionen ihrer MitarbeiterInnen aufkommen muss, sondern die Stadt das tut. Was heißt denn das konkret? Ganz einfach, das Stadtbudget wird in Zukunft durch diese Pensionszahlungen zusätzlich belastet – ab 2013 gibt es aber keine 33,8 Millionen jährlich mehr als Entschädigung.

Kanal und Müllabfuhr werden teurer, Strom sicher auch, die Fernwärme wird anziehen etc, etc. und die Hundesteuer, heuer schon um 9,3 % angehoben, wird noch einmal um 9,58 % erhöht. Alles nur Indexanpassungen inflationsbedingt. Die Grazerinnen und Grazer werden es zu danken wissen, wenn sie wieder ein bisschen weniger im Börsel haben. Vor allem dann, wenn sie sich gleichzeitig erinnern, wie enthusiastisch Schwarz/Grün den Zwangsumbau des Hauses Graz begründet hat. Es hatte nur gefehlt, dass den Grazerinnen und Grazern versprochen worden wäre, Milch und Honig würden fließen, aber von enormen Synergieeffekten in Zigmillionen-Höhe war damals die Rede – und das alles würde den Grazerinnen und Grazern zugute kommen.

Wo sind diese Synergieeffekte? Sind sie vielleicht in der von einem Werbeunternehmen professionell aufbereiteten Selbstdarstellung des schwarz/grünen Haus Graz versickert? Hat die Logo-Suche Millionen verschlungen? Sind die Gelder in die sicher überlebensnotwendige Umbepinselung von Müllkübeln und den Fuhrpark geflossen?

Oder wurden diese Synergieeffekte durch die Aufblähung des mittleren Managements geschluckt, nachdem ja – wie bereits erwähnt – für verdiente MitarbeiterInnen gut dotierte Posten geschaffen werden mussten (*Applaus SPÖ*)?

Ich weiß nicht, und ich beginne daran zu zweifeln, ob es meiner und der Befindlichkeit der Grazerinnen und Grazer überhaupt gut tun würde zu wissen, was diese Zwangsumstrukturierung gekostet hat und welche Folgen die Zerschlagung dieser vormals gut funktionierenden Strukturen noch haben wird.

Dieser Gemeinderat wird das wahrscheinlich auch nie erfahren – ebenso wenig, wie er im Detail Einblick in die Budgets der Gesellschaften und Beteiligungen hat. Und der Teufel steckt bekanntlich im Detail.

So sehr im Magistratsbereich bei den Abteilungen die Daumenschrauben angelegt werden und man von Abteilungsvorständen, deren Budgets zu 95 und mehr Prozent aus Pflichtausgaben in Erfüllung gesetzlicher Vorgaben – weil hoheitliche Aufgaben zu erfüllen sind - bestehen, Managementleistungen eingefordert werden, so wenig hört man vice versa von solchen Aufforderungen gegenüber den vielen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern in den Beteiligungen und Gesellschaften (*Applaus SPÖ*).

Das, was im Finanzausschuss als Beteiligungscontrolling firmiert, verdient die Bezeichnung Controlling jedenfalls nicht.

Ganz zu schweigen davon, dass man als Gemeinderat – und ich muss es nochmals sagen: hierbei handelt es sich um das oberste Organ dieser Stadt – von Vorgaben, Zielsetzungen kaum etwas hört.

Welche Maßnahmen werden denn, um bereits erwähnte Beispiele in Erinnerung zu rufen, gegen das E-Mobility-Desaster, zur Entlastung der von der lärmenden Variobahn geplagten AnrainerInnen, zur Behebung der Fahrscheinkontroll-Malaise gesetzt? Gibt es da gesellschaftsinterne Konsequenzen? Wer trägt die Verantwortung? Entstehen dadurch Mehrkosten und wenn ja, in welcher Höhe und wer kommt dafür auf?

Schwarz/Grün verwendet gerne den Ausdruck „Gesamtschau“, spricht gerne über die konsolidierten Zahlen, lieber Gerhard, verweist darauf, man müsse Magistrat, Verwaltung, Gesellschaften und Beteiligungen als Ganzes sehen. Worin wir als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte relativem, ich betone relativem, Einblick haben, sind aber nur Magistrat und Verwaltung. Bei allem anderen endet unsere Information bestenfalls in ein paar großen Überschriften.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Was wir somit einigermaßen beurteilen können, ist das eigentliche städtische Budget, diese 871 Millionen in der OG und die 111 Millionen in der AOG. Und angesichts meiner bereits vorangegangenen Worte wird es niemanden in Erstaunen versetzen, dass die sozialdemokratische Fraktion, gerade aus den vorher erwähnten Argumenten und Gründen, dieses Budget ablehnen wird – weil es uns, wie ich detailliert ausgeführt habe – als eine Mogelpackung erscheint. Wobei sich diese Kritik ausschließlich auf die politischen VerantwortungsträgerInnen bezieht.

Finanzdirektor Karl Kamper und Budgetexperte Michael Kicker und das gesamte Team, das schon erwähnt worden ist, möchte ich ausdrücklich dafür danken, wie sehr sie sich um die Quadratur des Budgetkreises wieder bemüht haben und mit welchem

Engagement sie eine eigentlich nicht zu erfüllende Aufgabe gelöst haben. Wie ich im Übrigen an dieser Stelle allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken möchte: Sie leisten unter wirklich schwierigsten Bedingungen Großartiges. Ein aufrichtiges Dankeschön dafür (*Applaus SPÖ*).

Zurück zum Budget: Hier wird von Schwarz/Grün mit Zahlen und mit der Zukunft gespielt. Und Geld, das nur bedingt als Einnahme zu werten ist - das ist meine konsolidierte Budgetrechnung – wird mit beiden Händen ausgegeben. Denn wie gesagt: Das Plus in der laufenden Gebarung ist aus unserer Sicht bestenfalls errechnet, aber nicht erwirtschaftet – und die Kosten für diese Rechnung zahlen die nächsten Generationen.

Deshalb hätten wir als SPÖ uns auch mehr und vor allem deutlichere Schwerpunktsetzungen erwartet. Politik heißt, Prioritäten setzen. Dadurch drückt die Politik aus, was sie will. Aber nicht die Fortsetzung eines Weges der Beliebigkeit. Denn unsere Stadt leistet sich sehr viel, in manchen Bereichen zu viel. Etwa in Bezug auf die Titelhamsterei. Was Graz schon alles ist beziehungsweise noch werden möchte, kann mittlerweile Enzyklopädien füllen: Von der City of Design bis zur Architekturhauptstadt, von der Kulturhauptstadt bis zur Genusshauptstadt usw., usw., usw. (*Applaus SPÖ*).

Bei dieser Beliebigkeit wäre der Hebel anzusetzen – denn teilweise ist überhaupt nicht mehr nachvollziehbar, welche Summen warum wohin fließen, wie wir das im Zuge der letzten Gemeinderatssitzung anhand eben der City of Design gesehen haben. Da werden Jahr für Jahr hunderttausende Euro in die CIS gesteckt – ohne jedwede Kontrollmöglichkeiten. Aber es klingt eben verdammt gut.

Mit City of Design lassen sich bessere Werbeeinschaltungen setzen als damit, dass wir in unserer Stadt dringend eines Sozialpasses bedürfen, weil mittlerweile die Armut bereits den Mittelstand erfasst hat (*Applaus SPÖ*). Und das ist nachweisbar sowohl

aus den Armutsberichten, die noch Elke Edlinger in Auftrag gegeben hat, als auch den laufenden Argumenten und Argumentationen und eigentlich Hilferufen von Martina Schröck, unserer Sozialstadträtin, und ich erwarte mir gerade in der Causa Sozialpass einen Beschleunigungseffekt, lieber Gerhard Rüschi (*Applaus SPÖ*).

Und ein „Club International“ gemeinsam mit Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer zur Unterstützung von Top-Schlüsselarbeitskräften, die aus dem Ausland geholt werden, wirkt ebenso stadtragender und ist schlagzeilenträchtiger als städtischen Pflichtschulen, die einen überproportionalen Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache aufweisen, einen höheren Anteil an schulautonomen Mitteln zuzugestehen.

Und natürlich lässt sich mit Shared Space, ich habe nichts dagegen, am Sonnenfelsplatz medial mehr punkten, als wenn man endlich in der Wetzelsdorfer Straße einen Fuß- und Radweg errichtet und den Gefahrenpunkt GKB-Kreuzung entschärfen würde endlich (*Applaus SPÖ*).

Das sind jetzt nur wenige Schlaglichter – was ich Schwarz/Grün damit vor Augen halten möchte, und das gilt insgesamt für die öffentliche Präsentation der Budgetzahlen, ist: Ihr habt Politik längst durch Publicity ersetzt.

Um darauf mit Horaz zu antworten: „Ein Kaufmann macht durch allzu großes Rühmen die Ware, die ihm feil ist, nur verdächtig.“

Und ihm Rühmen eurer angeblichen Leistungen seid ihr ja erstklassig. Und teuer, wie ein Rechnungshofbericht in Sachen Agenturleistungen zutage gefördert hat. Fragt sich nur: Warum ist dieses Rühmen denn derart notwendig? Rührt das daher, dass diese angeblichen Leistungen, wenn ihr sie nicht großflächig inserieren, plakatieren, verkünden würdet, für niemanden fassbar, für niemanden existent, für niemanden sichtbar wären?

Ich nehme das fast an, und dies wird wohl auch der Grund dafür sein, dass die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit – diese Abteilung untersteht selbstverständlich dem Bürgermeister – gleich um 500.000 Euro, also satte 60 Prozent, auf 1,3 Millionen angehoben wurden und dass sich das Bürgermeisteramt unter dem Titel „sonstige Subventionen“ zusätzliche 450.000 Euro als „Körpergeld“ budgetiert hat. Vielleicht deshalb, weil 2012 ein Vorwahljahr ist und es gilt, sich bestmöglich zu präsentieren?

Wobei ihr ja euch schon in diesem Jahr bestens von der Zuckerseite gezeigt habt. Ich habe mir die Mühe gemacht und die 7 Ausgaben der BIG des Jahres 2011 mehrmals angeschaut. 109-mal kamen Stadtregierungsmitglieder in diesen Ausgaben im Bild vor. Wollt ihr die Hitliste der abgebildeten Köpfe wissen? 43-mal (oder 39 Prozent) war es der Bürgermeister. Platz zwei belegt Lisa Rücker mit 20 Bildern (das sind auch immerhin noch 18,4 Prozent). Auf Rang 3: Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg mit 11 Fotos (10,09 Prozent), und Vierte war Kollegin Sonja Grabner mit 9 Bildern (8,26 Prozent).

Und wäre ich ganz, ganz süffisant, was ich bekanntlich nicht bin, dann würde ich zwei noch eindrucksvollere, weil selbstredende Zahlen gegenüberstellen: Die 5 schwarz/grünen Stadtregierungsmitglieder fanden sich in diesen 7 Ausgaben auf 88 Fotos wieder. Nach Adam Riese durfte der Rest 21-mal in Erscheinung treten.

Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ja in Wirklichkeit nur die Spitze des Eisberges. Die eigentliche Selbstdarstellung, um nicht zu sagen Wahlwerbung auf Kosten von Steuermitteln, wird natürlich wieder über die Gesellschaften und Beteiligungen laufen, die ja nicht an die magistratischen Richtlinien gebunden sind.

Jetzt wird wahrscheinlich der Letzte, der bislang noch nicht verstehen konnte, erkennen, warum Schwarz/Grün so erpicht darauf war, alle anderen Stadtsenats- und Gemeinderatsfraktionen aus den Beteiligungen und Gesellschaften fernzuhalten:

Denn ihr von Schwarz/Grün habt nämlich das Entscheidungsmonopol, ihr habt euch das Selbstdarstellungsmonopol gesichert – und ihr habt jedwede Kontrollmechanismen weitestgehend ausgeschaltet (*Applaus SPÖ*).

Ich ahne schon jetzt, welchen Vorwurf ich mir für diese Auflistung, lieber Peter, von euch einhandeln werde: Ich wäre ein kleinlicher Erbsenzähler. Nein: Das ist ein weiteres Mosaikstückchen mehr davon, was ich in der Grazer Stadtpolitik in dieser Periode orte: Einerseits eine Art „Vergrasserung“, um es offen zu sagen – ihr habt das Potjomkinsche Dorf zum System gemacht.

Nur zur Erklärung, ich komme da gerne meinem Bildungsauftrag nach: Großfürst Potjomkin ließ 1787 bei einem Besuch von Zarin Katharina II. auf der Krim zum Schein Dörfer aus bemalten Kulissen errichten, um das wahre Gesicht der Gegend zu verbergen.

Und eure Politik steht eben für ein Potjomkinsches Dorf: Da wird etwas fein herausgeputzt, um den tatsächlichen Zustand zu verbergen. Oberflächlich wirkt alles ausgearbeitet und beeindruckend, aber es fehlt die Substanz. Alles möglichst schnell, mit möglichst wenig Tiefgang, das Meiste sehr, sehr oberflächlich – mit Schielen auf die Schlagzeile von morgen, ohne die Konsequenzen für die Grazerinnen und Grazer für übermorgen zu beachten.

Und zum anderen habt ihr in diesen vergangenen Jahren einen erschreckenden Mangel an Demokratieverständnis an den Tag gelegt – gerade von euch Grünen überrascht mich das in besonderem Maße.

Und so sieht denn auch dieser Budgetentwurf für 2012 aus:

Ein Potjomkinsches Dorf mit wenig Substanz, die weitergehenden Konsequenzen für die Grazerinnen und Grazer, für die künftigen Generationen: ein weiteres Ansteigen

der Verschuldung – und zustande gekommen in schwarz/grüner Eintracht unter mehr oder weniger Ausschluss aller anderen Fraktionen.

Die SPÖ sagt deshalb Nein zu diesem Budget 2012 und besten Dank für eure, für Ihre Aufmerksamkeit und das Zuhören. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GRÜNE

GR. Dr. Gerhard WOHLFAHRT

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste!

Erlauben Sie mir am Anfang ein paar Vorbemerkungen zu zwei Vorrednern, zum Stadtrat Rüschi und zum Klubobmann Karl-Heinz Herper. Gerhard Rüschi hat in der Schuldendebatte die Schulden der privaten Haushalte angezogen, die Zahl 163 Milliarden wird ziemlich sicher sehr wichtig sein, ich habe es nur größenordnungsmäßig im Kopf, aber er hat es angedeutet. Vielleicht könnte man es noch klarer machen, auch diese Schulden teilen sich natürlich auf in gute Schulden und vielleicht böse Schulden, manche sind sehr sinnvoll und dienen dem Hausbau, Wohnungsbau, Wohnraumschaffung, andere sind vielleicht Konsumkredite und sind schon schwieriger zu beurteilen. Eine genaue Aufteilung ist nicht möglich. Gerhard Rüschi hat auch gesagt, die Haushalte haben noch mehr Vermögen, da möchte ich noch klarer werden. Die Haushalte haben noch viel mehr Vermögen, nämlich 500 Milliarden, weil letztendlich gehört das ja all das ja jemandem und ich glaube, was wir in der Schuldendebatte auch übersehen, wir reden immer nur über die Schulden der Länder, der Betriebe und aller möglichen, wir vergessen bei der Debatte, wem das alles gehört. Natürlich gehört das jemandem, natürlich gehört das alles uns. Das heißt, jedem von uns, jedem von Ihnen im Gemeinderat, aber auch Ihren Eltern und auch Ihre Kindern und Enkelkindern. Jeder von uns hat ja durchschnittlich über 50.000 Euro auf der Bank liegen, im Durchschnitt wohl gemerkt. Reden wir nicht nur über die Schulden, reden wir auch über die Vermögenssteuer und dergleichen, das würde uns wirklich weiterhelfen, also da glaube ich, das ist auch noch wichtig hinzuschauen.

Ok, ein anderes Thema. Karl-Heinz Herper mag ja mit manchen Dingen, wohlgemerkt, manchen Dingen Recht haben, bei manchen Dingen sollten wir noch genauer hinschauen, über Details diskutieren wir gerne, dafür sind die Grünen bekannt. Wenn aber Karl-Heinz Herper hier heraußen steht und über die Zustände des Gemeinderates über die Holding redet, dann denke ich mir, in welchem Film bin ich denn, ist das diese Partei, die hier 50 Jahre eine Aktiengesellschaft gehabt hat, wo der Gemeinderat in keinsten Weise zuständig war (*Applaus Grüne*)? Was wir derzeit geschafft haben ist, dass Unterlagen der Holding in den Gemeinderat kommen, das hat es 50 Jahre lang nicht gegeben, 50 Jahre SP-Regierung haben sämtliche Unterlagen nur in der AG gelassen und keine GesmbH, da gab es keine Zuständigkeit des Gemeinderates für Jahresabschlüsse und dergleichen; und jetzt zu kommen und zu sagen, der Gemeinderat sei für gewisse Dinge nicht zuständig, das ist etwas sehr mutig. Also dass man über die Zuständigkeit des Gemeinderates überhaupt reden können liegt an einer grünen Regierungsbeteiligung, die an schwarz/grünen Entscheidungen, aus einer Aktiengesellschaft nach 50 Jahren eine GesmbH zu machen, die der Kontrolle des Gemeinderates unterliegt (*Applaus Grüne*), ich glaube, da sind einige Dinge stark übersehen worden. Spannend ist natürlich auch der Hinweis auf eine Pensionsabfindung, also Pensionszahlungen von der Holding Richtung Graz, diese erwähnten 33 Millionen, das ist nicht neu, auch sicherlich Karl-Heinz Herper nicht, das hat ja die SP beschlossen. Also das ist ja vor Schwarz/Grün beschlossen worden, das ist eine Maßnahme, die nicht viel ändert, die sinnvoll sein kann, darüber können wir im Detail reden, aber jetzt über Dinge zu reden, die man vor ein paar Jahren selbst beschlossen hat unter SP-Regierung und jetzt zu sagen, hoppla, das ist ja alles geschönt, wollte die SP die Budgets schönen, also ganz verstehe ich das nicht. Also bei manchen Dingen weit daneben. Über Details kann man gerne reden (*Applaus Grüne*).

Lassen Sie mich aber jetzt mit den wichtigsten Fakten beginnen.

Der grün-schwarze Weg in der Budgetpolitik wird fortgesetzt. Das bedeutet:

➤ vertretbare Einsparungen in allen Bereichen,

- deutliche Schwerpunktsetzungen, unter anderem im Sozialbereich, in der Kinderbetreuung, im öffentlichen Verkehr und bei den Investitionen,
- weitere Reduktionen beim Defizit. Der Überschuss beim laufenden Saldo steigt kontinuierlich an, wir haben es gesehen. Damit kann ein immer größerer Teil der Investitionen selbst finanziert werden.

Die Details des Budgets wurden bereits von Stadtrat Rüschi präsentiert und liegen auch schriftlich vor. Ich möchte daher am Anfang stärker auf die Außensicht – auf die Einschätzung der Finanzen der Stadt Graz durch Dritte – eingehen.

Die Finanzierung unserer Investitionen durch Eigenmittel und durch Kredite, so wie sie jetzt stattfinden, halten nicht nur wir Grünen und natürlich auch unsere KollegInnen von der ÖVP für sinnvoll, diese Kombination wird auch von den Banken und den Kapitalmärkten ausdrücklich gelobt, Gerhard Rüschi hat es heute schon gesagt. Schauen Sie sich bitte unsere Kreditverträge vom November an. Nahezu niemand bezahlt so geringe Risikoaufschläge wie die Stadt Graz. Weder die Republik Österreich noch irgendeine private Firma zahlt so niedrige Risikoaufschläge. Ich weiß, dass die Opposition die Budgetpolitik von Grün/Schwarz nicht versteht oder verstehen will. Aber wenn Sie sich schon selbst nicht genauer damit beschäftigen, dann sollten Sie vielleicht die Vorreiterrolle der Stadt Graz bei der Transparenz der Budgetzahlen schätzen. Nochmals ein Dank an die Finanzdirektion und den Rechnungshof für die Darstellung der konsolidierten Finanzzahlen für die Stadt Graz und ihrer Beteiligungen (*Applaus Grüne*).

Die Alternative für all jene, die sich nicht selbst mit dem umfassenden Zahlenwerk beschäftigen wollen und die vielleicht auch viel kritischer zum öffentlichen Sektor stehen als wir Grüne, wäre stärker auf die Märkte zu achten. Wie gesagt, niemand zahlt so niedrige Risikoaufschläge wie die Stadt Graz. Wenn die Finanzmärkte die Finanzlage der Stadt Graz als hochgradig solide einschätzen und natürlich auch die transparente Informationspolitik schätzen, dann sollten wir, die VertreterInnen dieser

Stadt, unsere Finanzlage nicht andauernd schlechtreden, ich glaube, das ist genau das, was man nicht tun darf, schauen wir die Banken an (*Applaus Grüne*).

Liebe KollegInnen von der Opposition, das allgemeine Gejammer von zu hohen Gebühren, zu niedrigen Ausgaben und zu hohen Schulden nimmt Ihnen niemand mehr ab. Bringen Sie bitte konkrete Vorschläge, darüber können wir gerne diskutieren.

Heute diskutieren wir das 5. Budget der grün/schwarzen Koalition. Bei meiner ersten Budgetrede im Frühjahr 2008 sagte ich, das Budget 2008 ist ein Weg in die richtige Richtung, das Budget ist finanztechnisch o.k., das Budget wird halten, aber es hat einen kleinen Wermutstropfen: es ist noch zu wenig grün. Heute, 3 ½ Jahre später, kann, darf und muss ich Folgendes sagen: Ja, grün/schwarze Budgetpolitik ist der richtige Weg. Wir haben viele unserer Schwerpunkte gut umgesetzt. Wir haben nicht nur die Kinderbetreuung massiv ausgeweitet, wir haben nicht nur Reformen in der Jugendwohlfahrt umgesetzt und damit die Leistungen besser koordiniert und die Kostenseite in den Griff bekommen, wir haben nicht nur die stark steigenden Kosten im uns sehr wichtigen Sozialbereich im Budget untergebracht, wir haben nicht nur massiv in den ÖV investiert, wir haben auch für eine sehr gut gesteuerte Gesamtentwicklung bei den Finanzen gesorgt.

Die Opposition hat bei jedem Budget einerseits die Schuldenexplosion und andererseits die Fehlerhaftigkeit des Voranschlages im Sinne von zu geringen Ausgabenansätzen angeprangert.

Heute, bei meiner 5. Budgetrede, ist daher wohl auch Zeit für einen kleinen Rückblick. Drei Budgets, die Budgets 2008 bis 2010, sind inzwischen abgeschlossen. Alle drei haben gehalten, Gerhard Rüschi hat es auch gesagt, das trotz der größten Wirtschaftskrise in der 2. Republik.

Alle drei Budgets waren zu einem Teil auch Sparbudgets. Selbstverständlich müssen wir mit dem Geld der Grazerinnen und Grazer sparsam umgehen. Selbstverständlich müssen wir uns genau überlegen, welche Investitionen notwendig und im Interesse der GrazerInnen sind. Selbstverständlich müssen wir die höheren Ausgaben für Kinderbetreuung, öffentlichen Verkehr und Soziales und die Einsparungen in vielen anderen Bereichen verantworten. Aber wir Grünen – und ich vermute auch die Freunde in der ÖVP – tun das gerne (*Applaus Grüne*).

Aber diese Einsparungen haben natürlich positive Auswirkungen auf die vielfach angeprangerte Entwicklung unserer Finanzschulden, Gerhard Rüschi hat heute die Zukunft aufgezeichnet, die im Budget dargestellt ist, ich möchte mich noch einmal der Vergangenheit zuwenden, Zahlen, die darstellbar und belegt sind. Ich könnte es mir jetzt einfach machen und sagen, die Schulden der Stadt Graz sind in den letzten Jahren um rund 10 % gesunken. Das ist natürlich richtig, aber kreative und nichts sagende Zahlenbeispiele durch Ausgliederungen, Umschichtungen und Dergleichen sind vielleicht die Standards in Kärnten und bei manchen Parteien, aber sicher nicht in Graz und bei einer grün/schwarzen Koalition (*Applaus Grüne*).

Aber wie haben sich die gesamten Finanzschulden der Stadt Graz und ihrer Beteiligungen wirklich entwickelt? Im Prüfbericht des Stadtrechnungshofes über den Rechnungsabschluss 2010, der soeben vorgestellt wurde, ist die Entwicklung der gesamten Finanzschulden für die letzten 4 Jahre dargestellt, falls jemand nachschauen will, auf Seite 29. In diesen 4 Jahren haben sich die Schulden der Stadt Graz von 962 Millionen auf 1.042 Millionen Euro erhöht. Das ist eine Erhöhung um 8,5 %. Im gleichen Zeitraum hatten wir eine Inflation von exakt 8,5 %, VPI 2005. Mit anderen Worten: Inflationsbereinigt, sozusagen ehrlich und real gerechnet, sind die Schulden der Stadt Graz in diesen 4 Jahren exakt gleich hoch geblieben.

Skandalös? Verantwortungslos? Ja, meine Damen und Herren, die Entwicklung der Schulden der Stadt Graz halten sich wirklich nicht an die Vorhersagen der Opposition.

Für manche natürlich wirklich ein Skandal, für uns nicht überraschend. Und ich sage gleich noch etwas dazu: Wahrscheinlich – oder sogar sicher – werden die Finanzschulden jetzt ein wenig ansteigen, es ist auch in der Prognose dargestellt. Aber ich finde das in Anbetracht der vielen wichtigen Investitionen, von Bad Eggenberg über neue Gemeindewohnungen bis hin zu den wichtigen und auch sehr teuren Investitionen in den öffentlichen Verkehr, und vor dem Hintergrund einer deutlich wachsenden Stadt ist es absolut gerechtfertigt. Oder sollen wir zukünftig zu wenige Straßenbahnen haben? Wollen wir uns wirklich keine Niederflurstraßenbahnen leisten und Personen im Rollstuhl und Kinderwägen draußen lassen oder mühsam hineinheben?

Sehr geehrte Damen und Herren, die vorgelegten Budgets sind keine verantwortungslose Budgetpolitik, das ist ein verantwortungsvoller Umgang mit den Steuermitteln der Grazerinnen und Grazer. Und wir haben diesen Erfolg nicht durch Kahlschläge im Sozialbereich, nicht durch den Verkauf von Vermögen an Private oder Dergleichen erzielt, sondern durch permanentes sinnvolles Sparen (*Applaus Grüne*). Sparen überall dort, wo es möglich und vertretbar ist. In diesem Zusammenhang auch mein Dank an alle unsere MitarbeiterInnen im Haus Graz, die dieses Sparen mitgetragen haben. Ich weiß, es war nicht immer leicht, mit konstanten Budgets das hohe Leistungsniveau aufrecht zu erhalten. Nochmals mein herzlicher Dank für Ihre Mithilfe.

Aber Dankesworte alleine sind natürlich nicht genug. Da unsere MitarbeiterInnen schon länger intensiv in schwierige Reformprozesse eingebunden sind, verstehen wir Grüne nicht, warum unsere MitarbeiterInnen die Null-Lohnrunde vom Land verordnet bekommen sollen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Wir haben unsere Finanzen rechtzeitig saniert. Wir können uns auch Inflationsabgeltungen für unsere MitarbeiterInnen leisten. Wir werden daher heute einen Antrag im Gemeinderat einbringen und eine Lohnerhöhung für alle unsere MitarbeiterInnen – aktive und ehemalige MitarbeiterInnen – um 50 Euro monatlich fordern (*Applaus Grüne*).

50 Euro monatlich sind einerseits eine spürbare Gehaltserhöhung, vor allem für die unteren Einkommensschichten, und andererseits auch im vorgelegten Budgetentwurf darstellbar. Natürlich sind 50 Euro nicht der volle Inflationsausgleich für mittlere und höhere Einkommen, wir muten somit diesen Einkommensgruppen einen Solidarbeitrag für wichtige Ziele für die Allgemeinheit zu. Eines kann ich aber unseren MitarbeiterInnen versprechen: Wir werden mit Ihrem Solidarbeitrag sehr sorgsam umgehen und dafür sorgen, dass viele wichtige Aufgaben noch besser als bisher gelöst werden können.

Wir finden eine Lohnerhöhung um einen Absolutbetrag nicht nur gerechter als eine prozentuelle Erhöhung, eine derartige Regelung stärkt natürlich auch den Wirtschaftsstandort Graz. Die BezieherInnen niedriger Einkommen und Pensionen geben ihr Einkommen auch wieder aus und stärken damit die Nachfrage, während BezieherInnen sehr hoher Einkommen eine Erhöhung wahrscheinlich kaum merken und schon gar nicht ausgeben werden.

Sprechen wir kurz Klartext im Pensionsbereich: Ich will und kann es nicht verantworten, dass einzelne Pensionen für ehemalige Spitzenverdiener – so wie in der Bundesregelung vorgesehen – um 120 Euro monatlich angehoben werden, während uns dieses Geld für wichtige Sozialleistungen fehlt. Unseres Erachtens ist eine einheitliche Erhöhung aller Pensionen um 50 Euro zumutbar, auch wenn diese Erhöhung für höhere Pensionen keine volle Inflationsabgeltung darstellt. Uns ist der soziale Aspekt einer stärkeren Erhöhung der unteren Einkommen und Pensionen wichtiger.

Mit diesen Worten zur Lohnentwicklung im städtischen Bereich möchte ich auch gleich zu jenen Bereichen überleiten, die wir Grüne gerne anders gestaltet hätten. Was hätten wir vielleicht besser – zumindest besser aus grüner Sicht - gemacht?

Zu einer ehrlichen Budgetpolitik gehören auch entsprechende Einnahmen. Ich bleibe noch bei den Pensionen: Ja, wir Grüne hätten den BezieherInnen hoher städtischer Pensionen einen höheren Solidarbeitrag zugemutet. Ein großer Erfolg unserer Regierungsbeteiligung ist die Solidarabgabe für hohe Pensionen. Wir hätten von PensionistInnen mit Pensionen über 5.000 Euro, damit wir auch wissen von welcher Größenordnung wir reden, wir hätten gerne einen höheren Solidarbeitrag verlangt, insbesondere in Zeiten der Krise und fehlender Sozialleistungen. Alle anderen Parteien konnten sich dem leider nicht anschließen, die ÖVP hat wenigstens den beschlossenen Solidarbeitrag mitgetragen. Danke für dieses Zeichen der Solidarität mit den Jungen und Ärmeren (*Applaus Grüne*). Ein wenig mehr Solidarität wäre unseres Erachtens möglich und vertretbar gewesen. Der SPÖ und anderen Oppositionsparteien ist offensichtlich die Wahrung alter Privilegien, wohlverworbener Rechte, wie man es genau bezeichnen mag, wichtiger als die Solidarität, sei wie es sei.

Generell fehlt auf der Einnahmenseite der Budgetpolitik noch viel grüne Handschrift. Offensichtlich kann die ÖVP nur schwer über ihren Schatten springen und sich dazu bekennen, dass mit Steuern und Gebühren auch gestaltet werden soll. Die ÖVP steht hier für Gemeinde, Land und auch andere Gebietskörperschaften.

Wichtigstes Beispiel in Graz: Parktarife. Obwohl wir alle mehr Lebensraum für Menschen wollen, obwohl wir im Feinstaub fast ersticken, obwohl der ÖV ausgebaut wurde und wird und obwohl die Parkgebühren in der blauen Zone nominal gleich hoch sind wie vor über 20 Jahren – ist bei den Parkgebühren eine teilweise Inflationsanpassung – von Erhöhung will ich ja gar nicht reden – weder für die ÖVP noch für die Mehrheit im Gemeinderat vorstellbar.

Wir Grüne müssen somit schmerzhaft zu Kenntnis nehmen, dass Sie sich das Geld offensichtlich lieber bei allen anderen holen als bei den AutofahrerInnen oder das Geld gar nicht holen und damit die Umsetzung wichtiger Leistungen verhindern. Aus unserer Sicht wäre es natürlich viel besser, Parkgebühren zu erhöhen und diese, sie

sind ja für den ÖV zweckgebundenen, auch dort wieder einsetzen und einen noch stärkeren Ausbau des ÖV ermöglichen. Damit hätten wir mehr Lebensqualität und weniger Feinstaub in der Stadt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, wir gemeinsam können darüber entscheiden: Keine Inflationsanpassung bei den Parkgebühren oder Inflationsanpassung und mehr öffentlicher Verkehr. Mehr ÖV heißt natürlich ein besseres ÖV-Angebot für alle GrazerInnen, mehr Arbeitsplätze, mehr Lebensqualität und weniger Feinstaub. Aber Ihnen ist offenbar die Gunst der AutofahrerInnen wichtiger. Wir Grünen können das leider nur zur Kenntnis nehmen. Falls Sie sich doch zu einer Politik für alle GrazerInnen und nicht nur für AutofahrerInnen entscheiden können, dann stehen Sie doch zu einer Inflationsanpassung bei den Parkgebühren, an uns Grünen wird es sicherlich nicht scheitern.

Natürlich gibt es noch viele weitere Möglichkeiten, mit Steuern zu steuern. Bei einigen - wie zum Beispiel der Erhöhung der Bauabgabe, der Parkstrafen, der Zweitwohnsitzabgabe, einer verkehrsbezogenen Abgabe zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs und einer Reform der Ausnahmen bei der Grundsteuer hat uns die Grazer ÖVP im Gemeinderat unterstützt. Vielen Dank für diesen mutigen und ehrlichen Schritt. Wir sind uns allerdings nicht ganz sicher, wie intensiv diese Unterstützung auch in Richtung Landesgesetzgeber gelebt wurde. Ein Großteil – meines Wissens eigentlich alle - dieser von der Stadt Graz geforderten notwendigen und sinnvollen Erhöhungen wurde im steirischen Landtag bisher noch nicht umgesetzt, aber die Landesrätin ist nicht mehr da, also man kann es ihr nur nachrichtlich mitteilen.

Ein paar Maßnahmen (Parkstrafen, Bauabgabe) sollen angeblich bald umgesetzt werden. Andere werden höchstwahrscheinlich gar nicht umgesetzt werden, weil sich die Landes-ÖVP nicht zu diesen Forderungen der ÖVP-Graz bekennt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, wir hatten gehofft, dass eure Wünsche aus

der Landeshauptstadt Graz bei euren VertreterInnen im Landtag lauter vorgetragen werden und mehr Gehör finden. Leider war dies nicht der Fall.

Natürlich gab es auch wichtige grüne Forderungen an das Land, wie zum Beispiel eine Abgabe auf leer stehende Wohnungen, die weder von der ÖVP noch von einer Mehrheit im Gemeinderat unterstützt wurde. In einer Demokratie sind derartige Entscheidungen natürlich zu Kenntnis zu nehmen. Aber es ist schon schade, dass wir all diese einnahmenseitigen Maßnahmen nicht umsetzen konnten.

Wir hätten mit diesem Geld viele sinnvolle Maßnahmen für alle GrazerInnen und auch einige Sozialleistungen für die ärmeren Mitmenschen finanzieren können. Als mögliche Beispiele sei ein noch schnellerer Ausbau des öffentlichen Verkehrs, höhere Zuschüsse für Maßnahmen zur Feinstaubreduktion, mehr Grundstücke für Gemeindewohnungen und noch mehr finanziell besser abgesicherte Projekte in der Gemeinwesenarbeit genannt. Und natürlich wären auch ausreichend Mittel für einen Sozialpass beziehungsweise eine allgemeine Ermäßigungskarte für armutsgefährdete Grazerinnen und Grazer möglich gewesen. Zum letzten Punkt, zur Ermäßigungskarte für armutsgefährdete GrazerInnen, darf ich noch anmerken, und Gerhard Rüschi hat das auch schon gemacht, dass trotz all dieser fehlenden einnahmenseitigen Maßnahmen die Finanzierung einer solchen Karte und natürlich auch von entsprechenden Ermäßigungen im Budget 2012 möglich sein wird, wenn – und daran ist diese wichtige Maßnahme bisher gescheitert - wenn ein entsprechendes Konzept von der Sozialstadträtin erarbeitet wird und im Gemeinderat beschlossen wird.

„Sparen mit Herz – investieren mit Hirn“ macht vieles möglich. Viele wichtige Maßnahmen und Investitionen wurden in den letzten Jahren umgesetzt. Dieser Weg wird auch 2012 weiterhin beschritten werden. Auch wenn nach 4 Jahren real konstanter Finanzschulden die Schulden ein wenig wachsen werden. Wir haben gezeigt, dass wir die finanzielle Situation im Haus Graz unter Kontrolle haben und steuern können. Das ist das Entscheidende. Und wenn uns das Land in Zukunft auch bei den einnahmenseitigen Maßnahmen nicht mehr im Stich lässt, dann können wir

noch mehr wichtige Projekte umsetzen und werden auch die Schulden manchmal sinken. Ehrliche Finanzpolitik schaut auch auf die Einnahmen und die Ausgaben – Grün/Schwarz hat vorgezeigt, dass eine sinnvolle und ehrliche Finanzpolitik in Graz möglich ist – zum Wohle aller Grazerinnen und Grazer. Danke (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 11.22 Uhr den Vorsitz

K P Ö

Gemeinderat Ingeborg B E R G M A N N

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte heute hier nicht Karl Valentin zitieren, aber Wörter wie Finanzkrise, Staatsverschuldung, Rettungsschirm, Stresstest, Rating-Agenturen, Herabstufung der Kreditwürdigkeit und nicht zuletzt das Wort Schuldenbremse. Das sind hier nur einige Schlagwörter, mit denen wir seit Monaten täglich konfrontiert werden.

Den Bürgern und Bürgerinnen in Europa, allen voran den Griechen und jetzt auch uns Österreichern, wird permanent ein schlechtes Gewissen eingeredet, dass wir alle zusammen über Jahrzehnte über unsere Verhältnisse gelebt hätten und jetzt die Rechnung zahlen müssten. Der Ausverkauf von öffentlichem Eigentum und eine enorme Einsparung bei den Staatsausgaben soll nun den Euro und somit die Bankenwelt wieder ins Lot bringen. Laut EU-Bankenaufsicht fehlen europäischen Großbanken insgesamt 114,7 Milliarden Euro und die müssen im nächsten Jahr aufgebracht werden. Österreichischen Banken fehlen laut Bankenaufsicht 3,9 Milliarden Euro.

Wir alle wissen, wer diese enorme Summe aufbringen wird müssen. Nicht umsonst wird uns allen eine Schuldenbremse aufgehalst – und unser Herr Außenminister verlangt noch lautstark hohe Geldstrafen von Seiten der EU für Sünderstaaten.

Die Frage ist nur: Haben die kleinen Steuerzahler, welche jetzt die Zeche zahlen müssen, diese Misere verursacht oder haben Spekulanten der Finanzwelt sowie verantwortungslose Politiker dafür die Verantwortung zu tragen?

Den erste Vorgeschmack auf das, was kommt, haben viele Grazer Bürgerinnen und Bürger bereits dieses Jahr gespürt, nachdem das Land Steiermark vor allem im Gesundheitsbereich, bei der Wohnbeihilfe, der Mindestsicherung und bei den Behinderten drastische Einschränkungen durchgezogen hat. Die Auswirkungen werden viele Menschen erst im nächsten Jahr im Geldtascherl richtig spüren.

Von Seiten der Bundesregierung wird der Ball der Einsparungen elegant nach unten gespielt. Immer mehr Aufgaben wanderten seit Jahren in den Aufgabenbereich der Gemeinden und die finanziellen Mittel dazu bleiben auf der Strecke.

Wenn vor allem die ÖVP sagt „Keine neuen Steuern“, dann meint sie vor allem Steuern bei den vermögenden Österreichern und den internationalen Konzernen. Den Beitrag zur Schuldenbremse soll lieber die breite Masse der kleinen Steuerzahler leisten. Während die Zahl der Millionäre in Österreich ansteigt und die Manager wieder große Gehaltssprünge nach oben haben, spart man bei denen, die ohnehin nicht viel haben.

Und nun zum Budget der Stadt Graz. Die Stadt Graz befindet sich seit vielen Jahren in einem finanziellen Dilemma. Zuerst dachte man, das Budget mit Auslagerungen aller städtischen Liegenschaften in die GBG und mit Kreditaufnahmen in den Griff zu bekommen. Heute, nach fast zehn Jahren und der Ausgliederung des gesamten Liegenschaftsvermögens sowie der Ausräumung fast aller möglichen Rücklagen, müssen wir feststellen, dass die Budgetsanierung noch immer nicht abgehakt werden kann. Nun verlagert und verkauft man bereits Bestands- und Baurechte.

Der nächste Schritt, wie gesagt, um einer Budgetsanierung näher zu kommen, war die größte Umstrukturierung der Geschichte der Stadt Graz im Jahre 2010, die Geburt des Hauses Graz.

Jährliche Einsparungen, wie wir auch heute schon gehört haben, von zirka 8 Millionen Euro erwartet man sich durch Abschaffung von Doppelgleisigkeiten, Steuerersparnis, Personaleinsparungen und weniger Verwaltungsaufwand – so die Argumentation von Schwarz/Grün hier im Haus.

Nun, was hat für uns das Haus Graz bisher gebracht?

In der Haushaltsanalyse für das Jahr 2012 könnten wir sehen, dass das Budgetvolumen der ordentlichen Gebarung wieder im Steigen ist und mit 871 Millionen Euro den bisherigen Höchststand erreicht hat.

Weiters ist auch zu lesen, dass der Verwaltungs- und Betriebsaufwand in den laufenden Ausgaben der OG von 331,7 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 363,5 Millionen Euro im Budget für 2012, also um 32 Millionen Euro, gestiegen ist. Wie ist das trotz der Einsparungen zu vereinbaren? Darauf würde ich gerne eine Antwort bekommen. Die Personalkosten sind von 2010 auf 2012 um 10,7 Millionen Euro gesunken, wahrscheinlich liegt das an der veränderten Darstellung der Zahlen. Trotzdem ist aber die Frage zulässig, wie sind diese Zahlen zu deuten?

Trotz Haus Graz muss auch die OG 2012 mit Rücklagenentnahmen, Sparbuchentnahmen und einem neuerlichen Immobilienpaket ausgeglichen werden. Wenn man das alles berücksichtigt, klafft im ordentlichen Haushalt auch im Jahr 2012 noch immer ein schönes Loch. Gleichzeitig ist das Einsparpotenzial der einzelnen Abteilungen durch die Eckwerte ziemlich ausgereizt. Viele von ihnen können ihren Stand nur mehr durch Sparbuchentnahmen aufrechterhalten – diese werden aber immer weniger und einmal leer. Weitere Einsparungen in diesem Bereich bedeuten auf alle Fälle in Zukunft weniger Leistungen für die Bürger und Bürgerinnen.

Personalbewirtschaftung, so steht es in der OG. Dieses Wort, welches wegen des Untertones an sich schon abgeschafft gehört, zeigt, welchen Stellenwert unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst für die Politik haben. Sie sind es, die in erster Linie den Mehrwert für die Bevölkerung schaffen und täglich für diese arbeiten. Die Politik sieht jedoch in diesen Menschen nur mehr einen Ausgabenposten, der so klein wie möglich gehalten werden soll. Egal ob im Bund, im Land oder in der Stadt reden verantwortliche Politiker ständig von der Sicherung der Arbeitsplätze.

Leider ist die öffentliche Hand einer der größten Arbeitsplatzvernichter in Österreich und jammert dann über die steigenden Sozialausgaben und erklärt den Menschen, sie würden über ihre Verhältnisse leben. Die Stadt Graz sollte eigentlich ein Vorbild sein, zeigt sich aber in den letzten Jahren immer mehr als Lohndrücker und Ausbeuter der Beschäftigten. Durch Stellenabbau, der durch das Nichtnachbesetzen von Dienststellen – immerhin sollen bis 2015 500 Dienstposten eingespart werden –

forciert wird, entsteht immer mehr Arbeits- und Leistungsdruck auf die restlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Wer hier die Ziele, zum Beispiel motivierte, freundliche Mitarbeiter mit Bereitschaft zur Eigenverantwortung, welche so schön in den Serviceverträgen mit der Holding angeführt sind, wie das erreicht werden kann, lässt sich eher bezweifeln. Viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind heute ernsthaft burn-out-gefährdet. Weiters steuert die Stadt Graz durch die Ausgliederungen an die Holding und die GBG immer mehr einem Drei-Klassen-Lohnsystem entgegen. Dieses System ist von uns entschieden abzulehnen (*Applaus KPÖ*) und da hilft auch ein Antrag der Grünen um 50 Euro Lohnerhöhung nicht darüber hinweg.

Das Haus Graz hat uns weiterhin gebracht, mehr statt weniger Bürokratie. Eine weitere Erfahrung mit dem Haus Graz zeigt die zunehmende Bürokratie bei einfachen Vorgängen. War vieles früher mit einem Anruf erledigt, müssen jetzt aufwendig viele Formulare die Runde machen sowie gegenseitige Auftrags- und Kostenrechnungen erstellt werden. Ein ausgeklügeltes Berichtswesen und Controlling musste neu geschaffen werden, um jetzt die Informationen von Holding und GBG zu bekommen, die früher in allen zuständigen Abteilungen vorhanden waren. Verträge müssen ständig kontrolliert und verändert werden, damit man noch den Überblick bewahren kann. Lange Wartezeiten bei Services innerhalb des Hauses Graz gehören jetzt zum Alltag.

Gebühren von Abfall und Kanal sowie Marktgebühren werden in Zukunft den Gemeinderat nicht mehr beschäftigen. Mit den heutigen Beschlüssen zu den Gebührenverordnungen für Abfall und Kanal werden diese, wie wir ja schon vom Wasser kennen, ausschließlich in der Holding bestimmt und automatisch um die Inflationsrate, angehoben. Gleichzeitig besteht auch die Gefahr, dass in Zukunft viele Leistungen in diesen Bereichen ebenfalls dem Sparstift zum Opfer fallen. Immerhin muss dieses Geschäft für die Holding in Zukunft rentabel sein, damit auch in Zukunft die Stadt ordentliche Gewinnentnahmen tätigen kann und somit Kredite finanzieren kann. Auf der Strecke bleiben wie immer die kleinen Leute und der Mittelstand. Für

diese gibt es keine automatische Erhöhung ihrer Einkommen in Höhe der Inflationsrate sondern realen Einkommensverlust, der viel höher ist. Bei den öffentlichen Bediensteten der Stadt verordnet man von oben eine Nulllohnrunde, bei den Gebühren heißt das Wertanpassung und ist unabdingbar.

Mehr Einblick und Mitbestimmung für den Gemeinderat, wie es so schön heißt, in den städtischen Beteiligungen, in erster Linie in die Holding und GBG, wurde beim Beschluss zum Haus Graz versprochen und groß getönt, das haben wir auch heute wieder gehört.

Was ist daraus geworden? Der Beteiligungsausschuss ist ein reines Alibigebilde und dient kaum der Information, ist für viele Gemeinderäte und Gemeinderätinnen von ÖVP und Grünen eher lästig und ein zusätzlicher Termin.

Die Wirtschaftspläne von Holding und GBG, die ja auch Beschlussinhalt des heutigen Budgets sind, wurden bis heute nicht im Beteiligungsausschuss vorgestellt. Nur die Servicevereinbarungen haben wir zu Gesicht bekommen. Wobei auch hier ein wesentlicher Vertrag fehlt: Der Verkehrsdienstleistungsvertrag war für die Nichtkoalitionsparteien genau einmal, und zwar bei der ersten Beschlussfassung, zu sehen. Inzwischen haben wir fast bei jeder Gemeinderatssitzung Stücke zur Erweiterung dieses Vertrages beschlossen. Enorme Investitionen beim öffentlichen Verkehr stehen ins Haus, aber der Gemeinderat hat keinen Überblick mehr. Ich hoffe nur, dass wenigstens die Verantwortlichen noch wissen, was in den enormen Investitionsbeträgen zum Verkehr alles enthalten ist.

Die Kontrollrechte aller im Gemeinderat vertretenen Parteien gibt es schlicht nicht mehr. Die Frage: „Was gibt es hier zu verbergen?“, wie sie auch mein Kollege Herper aufgeworfen hat, drängt sich für alle Nicht-Koalitionsparteien förmlich auf.

Schuldenbremse ist ein Wort in aller Munde, fast träumt man schon davon, so oft wird es gepredigt.

Wenn wir uns die Schulden der Stadt Graz ansehen und vor allem unser neuerliches AOG-Budget, dann müssen wir ungläubig werden.

Wie wird die Stadt in den nächsten Jahren und Jahrzehnten diese Schulden bewältigen? Ich hoffe, die Rechnung von unserem Herrn Finanzstadtrat geht auf. Vor allem, wenn wir die Schuldscheindarlehen, welche in den letzten zwei Gemeinderatsitzungen beschlossen wurden, wenn man diese ansieht. Endfälligkeiten in zehn Jahren und keine wirklichen Antworten, wie diese zurückbezahlt werden, gab es im Finanzausschuss und es freut mich, Herr Stadtrat, dass Sie heute in der Vorstellung des Budgets durchaus die Tilgungsrücklagen in den Mund genommen haben. Es ist nur die Frage, wann werden diese Tilgungsrücklagen eingeführt? Wann wird im Gemeinderat der nächste Beschluss für die Aufnahme solcher Darlehen vorgelegt werden? Bei den enormen Investitionen, welche die Stadt vorhat, wird das nicht lange dauern. Gegen Investitionen in Schulen, Wohnbau und öffentlichen Verkehr ist ja grundsätzlich nichts einzuwenden, gegen Investitionen jedoch ins Uferlose, so kann das einmal fatal enden. Es wird aber auch in Graz viel Geld ausgegeben, wo es nicht unbedingt notwendig ist.

Wir erwarten uns Antworten, wie man diese Investitionen in Zukunft sicher bezahlen wird.

Wir sehen nämlich die ernsthafte Gefahr, dass es, wenn es hart auf hart kommt, in vielen Bereichen es zu tatsächlichen Privatisierungen kommen wird oder die uns unbekanntem Investoren ein gewichtiges Wort in unserer Stadt mitzureden haben.

Zum Thema Soziales. Der Anstieg der Sozialausgaben ist in erster Linie mit Pflichtausgaben verbunden. Das bedeutet, dass immer mehr Menschen in Graz von Leistungen durch die öffentliche Hand abhängig sind. Nicht die Stadt Graz ist so sozial eingestellt, sondern immer mehr Menschen fallen durch den Rost der Gesellschaft und sind trotz Erwerbstätigkeit oftmals armutsgefährdet. Immer mehr Menschen können mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommen. Daher ist die Stadt durchaus verpflichtet, wo es möglich ist, dagegen zu wirken und auch diesen Grazern und Grazerinnen Lebensqualität zu bieten. Dies fängt bei den Grundbedürfnissen wie zum Beispiel einer leistbaren Wohnversorgung an. Die Einführung eines umfangreichen Sozialpasses für Menschen mit niedrigem Einkommen ist eine Möglichkeit, um der

Verarmung der Bevölkerung entgegenzuwirken. Liebe Sissi, wir verstehen in diesem Sozialpass auf keinen Fall eine Bürger- und Bürgerinnenkarte.

Die KPÖ ist eine Partei, die sich in erster Linie für jene Menschen stark macht, die keinen Lobby und kein Vermögen hinter sich haben, die jedoch immer und überall zur Kasse gebeten werden. In diesem Sinne können und werden wir diesem Budget, außer dem Budget für Wohnen unserer Stadträtin Elke Kahr, nicht unsere Zustimmung geben (*Applaus KPÖ*).

Zum Abschluss möchte ich auch noch die Gelegenheit wahrnehmen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, allen Abteilungsvorständen und -vorständinnen in der Stadt ein herzliches Danke aussprechen für ihre ständige aufopfernde Arbeit, damit auch wir in der Politik arbeiten können. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

FPÖ

GR. Ing. Roland L O H R

Sehr geehrter Frau Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, sehr geehrte Damen und Herren des Grazer Gemeinderates!

Lange ersehnt, bereits im Vorfeld zahlreiche Diskussionen verursachend und medial äußerst professionell begleitet, liegt nun der Voranschlag für das kommende Jahr dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vor.

Von den Medien durchaus gelobt, geht dieser Voranschlag an den Start und erweckt bei zahlreichen Grazerinnen und Grazern Hoffnungen, die er leider auf lange Sicht leider nicht halten wird. Bereits die Berichterstattung und die Präsentation des Budgets 2012 veranlassen den aufmerksamen Zuhörer und Beobachter zu einer genaueren Betrachtung. Lassen wir uns von einer Pressekonferenz nicht täuschen, in deren Rahmen sich die beiden Koalitionsparteien – passend zur Weihnachtszeit – den Entwurf selbst beweihräucherten. Eine Pressekonferenz, die Schwarz und Grün dazu benützten, um ihre Darstellung des Haushaltes zu präsentieren.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Wart ihr anwesend?

GR. Ing. **Lohr**: Ja, wir haben das mitverfolgt, darum kann ich auch jetzt Kritik üben. Den übrigen Parteien, wie der Kollege Hohensinner schon sagt, wir waren anwesend, aber unsere Kritik hat leider wenig Widerhall gefunden.

Was hätten die zahlreichen Medienvertreter dann auch anderes tun sollen, als der Schwarz-Grünen Lobhudelei ihr Glauben zu schenken? Andere Informationen oder kritische Stimmen wurden seitens des zuständigen Stadtrates, Dr. Rüschi, - und er weiß warum – erst gar nicht kommuniziert. Das hätte wohl auch nicht ins Bild der beiden schwarzen Strahlemänner Stadtrat Rüschi und Bürgermeister Nagl gepasst. Der Herr Bürgermeister ist momentan nicht anwesend, aber die Frau Vizebürgermeister.

Wer sich in ihrer Person ein regulierendes Element erhofft hat, der wurde spätestens nach der letzten Pressekonferenz bitter enttäuscht.

Mit vereinzelt Wortspenden rundete diese das schön gefärbte Bild der Haushaltspräsentation ab und ließ jeden Anflug von Kritik vermissen. Vielleicht erklärt sich dieses Verhalten mit den geplanten Vorhaben beider Parteien im nächsten Jahr.

Mit zahlreichen Investitionen in die Infrastruktur und der Realisierung des einen oder anderen grünen Wunsches wurde der kleine Koalitionspartner ruhig- und zufrieden gestellt. Die übrigen Parteien sind hingegen vom Informationsfluss gänzlich abgeschnitten. Auch hier hat diese Koalition ganze Arbeit geleistet. Die Umfärbelungsaktionen in den diversen Aufsichtsräten stadteigener und stadtnaher Betriebe trägt demokratiepolitisch fragwürdige, aber aus Sicht von Schwarz-Grün erwünschte, Früchte.

Im Rahmen der Haushaltspräsentation unserer Stadt liegt der Voranschlag regelmäßig zur Einsichtnahme für die Grazerinnen und Grazer auf. Das ist schon erwähnt worden, hier haben nur sieben Personen davon Gebrauch gemacht. Ich glaube aber nicht, dass dieser Umstand aus einer generellen Interesselosigkeit resultiert, sondern vielmehr bin ich der Ansicht, dass dies eine Folge der nicht gerade kundenfreundlichen Darstellung des Haushaltsplanes ist. Wer kann schon ohne entsprechende Vorbildung aus dieser durchaus voluminösen und umfangreichen Darstellung des kammereigenen Haushaltes wirklich konkrete Schlüsse ziehen? Wenn ich eine derartige Kritik äußere, dann betone ich, dass sich diese ausschließlich an die

zuständigen Politiker richtet und dass die großartige Arbeit der betroffenen Magistratsmitarbeiter hiervon unberührt bleibt.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates und des Stadtsenates, wenn jeder von Ihnen ehrlich zu sich selbst ist und sich der ungeschminkten Wahrheit stellt, dann werden wohl nicht wenige aus Ihren Reihen zugeben müssen, dass aus der bloßen Darstellung von Zahlenwerken keine profunde Sicht auf die finanzielle Gesamtlage abzuleiten ist.

Wesentlich sind konkrete Erläuterungen und Darstellungen, die es dem Laien ermöglichen, einen realistischen Gesamteindruck zu gewinnen. Als interessierter und pflichtbewusster Gemeinderat hat man naturgemäß ein Interesse daran, hinter die Kulissen zu blicken und jenseits der medienwirksamen Darstellungen der Stadtregierung Informationen über den neuen Voranschlag einzuholen. Wenn nun ein solcherart motivierter Gemeinderat bei den zuständigen und kompetenten Mitarbeitern der Stadt Graz vorstellig wird und im Zuge dessen um ein erläuterndes Gespräch bittet, dann sieht dieser ambitionierte Kommunalpolitiker im konkreten Beispiel buchstäblich schwarz.

Nach einer entsprechenden Weisung von Stadtrat Rüschi dürfen nämlich die mit der Materie befassten Mitarbeiter nur nach ausdrücklicher Erlaubnis durch den Herrn Stadtrat selbst Vertretern anderer Parteien über das Budget Auskunft erteilen. Transparenz sieht anders aus.

Fast hat man den Eindruck, das Informationsmonopol läge bei der ÖVP. Das Demokratieverständnis nach dem Geschmack der Volkspartei: Niemand soll die Atmosphäre des Wohlfühlens, des permanenten Lächelns und Beschönigens stören. Obwohl das Schiff schon gehörige Schiefelage aufweist, möchten die Damen und Herren von Schwarz und Grün ungestört weitertanzen.

Da wir aber – wie die gesamte Grazer Bevölkerung – mit an Bord sind, werden Sie, meine Damen und Herren von Schwarz und Grün, sicher verstehen, dass ich im Gegensatz zu Ihnen nicht unbedingt in Feierlaune bin und Ihrer Partystimmung im Folgenden leider eine Absage erteilen muss.

Ich erlaube mir, meinen nun folgenden materiellen Betrachtungen eine Aussage von Stadtrat Rüschi aus der letzten Gemeinderatssitzung voranzustellen. Er sagte: „Eine Stadt, die keine Schulden hat, tut nichts für ihre Bürger.“ Dieser äußerst fragwürdigen Visitenkarte der geistigen Befindlichkeit des zuständigen Stadtrates muss aus meiner Sicht präzisierend folgende Aussage gegenübergestellt werden.

„Eine Stadt, die eine bedenkenlose Politik des Schuldenmachens betreibt, denkt nicht an kommende Generationen“ (Applaus FPÖ).

Man muss der ÖVP, Herrn Bürgermeister Nagl und Stadtrat Rüschi ja durchaus konzedieren, dass sie über eine äußerst medien- und außenwirksame Selbstdarstellung verfügen.

Demokratiepolitisches Verständnis und die politische Fähigkeit, über den eigenen Tellerrand hinaus zu disponieren, sind hingegen nur rudimentär vorhanden.

Gemäß der aktuellen Darstellung sind die laufenden Einnahmen der Stadt Graz mittlerweile höher als die laufenden Ausgaben. Dieser Umstand lässt sich aber auch dadurch erklären, dass die Einnahmen der Stadt Graz aus Ertragsanteilen des Bundes sowie aus eigenen Steuern und Gebühren gestiegen sind. Es ist also durchaus zulässig zu behaupten, dass der Bürger verstärkt zur Kasse gebeten wird. Die angekündigten und zukünftig bereits geplanten Gebührenerhöhungen lassen bereits heute erkennen, dass die Politik des Abkassierens fortgesetzt werden wird. Halten wir also fest, dass die Mehreinnahmen kommen zu einem Großteil nicht aus der innovativen Politik des Herrn Stadtrates, sondern einfach durch erhöhte Abgaben der Bürger.

Der Überschuss der laufenden Einnahmen über die Ausgaben soll im kommenden Jahr 62 Millionen Euro betragen. Die Stadt Graz weist für das Jahr 2012 vor Zinsen eine konsolidierte Finanzschuld von 1.075.000.000 Euro aus.

Ausgabenseitig sind Investitionen von 171 Millionen Euro vor allem für die Infrastruktur geplant sowie eine Zinsbelastung in der Höhe von mehreren Millionen Euro veranschlagt.

Das bedeutet hiermit für 2012 eine Neuverschuldung um 150 Millionen. Somit steigt der Schuldenstand also auf € 1.225.000.000.

Bei der Darstellung möglicher künftiger Entwicklungen geht die Stadt Graz stets von steigenden Einnahmen aus und übersieht dabei aber die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die natürlich auch fiskalpolitische Auswirkungen hat.

Alleine aus dem Finanzausgleich des Bundes muss in Zeiten der Rezession trotz steigender Einwohnerzahlen mit stagnierenden und – wahrscheinlicher – mit geringeren Mitteln gerechnet werden. Logischerweise kann der Bund an die untergeordneten Gebietskörperschaften nur das verteilen, was zuvor an Steuermitteln eingenommen wurde. Wenn nun eben diese Steuerleistungen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten geringer ausfallen, sinkt auch der Wert der zu verteilenden Anteile.

Der Stadtrechnungshof schreibt in seinem Prüfbericht zum Rechnungsabschluss für das Jahr 2010, dass mit einer weiteren Zunahme der Verschuldung zu rechnen ist, den wörtlichen Teil lasse ich jetzt aus, das kann man eben dort nachlesen, dass hier gewarnt wird vor weiteren Schulden.

Nun müssen wir aber aufgrund der steigenden Schuldenlast unserer Stadt mit einer höheren Zinsbelastung rechnen. Aus diesem Grunde mahnt der Stadtrechnungshof wohl auch unter dem Punkt „Fazit zum städtischen Haushalt“ zu konsequenter Budgetdisziplin.

Ich zitiere auch in diesem Zusammenhang wörtlich aus dem Abschlussbericht:

„Mit einer gewissen Besorgnis hat der Stadtrechnungshof auch 2010 die Beschlussfassungen der letzten Jahre, die in den nächsten Jahren zu einem erheblichen Anstieg der so genannten Folgekosten führen werden. Diese durch die Beschlüsse induzierten künftigen Aufgaben werden die budgetären Handlungsspielräume empfindlich einschränken.“

Der Stadtrechnungshof bewertet also die wirtschaftliche Situation unserer Stadt nicht ganz so rosig wie die Damen und Herren der ÖVP und der Grünen.

Es ist jedes Jahr dasselbe Spiel, dem die Grazerinnen und Grazer hier im Haus regelmäßig kurz vor Weihnachten beiwohnen dürfen. Die für das Budget verantwortlichen Parteien loben den jeweils jüngsten Entwurf geradezu über den grünen Klee, während die übrigen Parteien – naturgemäß - weniger bewundernd über das vorgelegte Elaborat urteilen.

„The same procedure as every year“- so lässt sich der jährliche Budgetzauber in einem klassischen Ausspruch zusammenfassen.

Die Aktionen der einen und die darauf folgenden Reaktionen der anderen Parteien sind in ihrer Grundintention ebenso vorhersehbar wie das Stimmverhalten der einzelnen Mandatare. Wenn also der Stadtrechnungshof zur Budgetdisziplin mahnte, dann drängt sich die Behauptung auf, dass diese nicht unbedingt zu den Stärken der Volkspartei oder der Grünen gehört. Besser sieht es da schon mit der Parteidisziplin aus. Wir werden wohl heute einmal mehr beobachten dürfen, was Parteidisziplin in Schwarz und Grün bedeutet, wenn einzelne Mandatare teilweise wider besseres Wissen für den vorliegenden Haushaltsvoranschlag stimmen werden.

Zwischenruf GRin. Jahn: Interpretieren Sie nicht, was wir denken.

GR. Ing. **Lohr**: Ja, das gestehe ich mir zu in meiner Rede. In Wahrheit besteht bei dem vorliegenden Entwurf, Kollegin Jahn, überhaupt kein Grund zur Parteidisziplin oder gar zu falschem Optimismus.

Werfen wir den Blick auf das eine oder andere Detail, das in dieser Klarheit vom zuständigen Stadtrat entweder übersehen oder bewusst verschwiegen wird.

Aus der Pensionsvereinbarung, der Punkt war ja heute auch schon hier, mit der Holding Graz erhält die Stadt im kommenden Jahr letztmalig 33,8 Millionen Euro, die im Jahr 2013 erst erwirtschaftet werden müssen, zumal die Verpflichtung zur Auszahlung der Pensionen weiter bestehen bleibt, wobei die Rückstellung hierfür bereits verprasst wurde.

Das letzte Liegenschaftspaket aus dem heurigen Jahr brachte nur mehr 10,5 Millionen Euro an Einnahmen. Also auch hier ist das Tafelsilber beinahe vollständig veräußert worden. Dem gegenüber steigen allerdings aus diesen Verkäufen die GBG-Mieten jährlich an.

Aber auch die Zinsbelastung verdient eine nähere Betrachtung. Nach der aktuellen Darstellung unterliegen nicht ganz 90% der Grazer Schulden einer fixen Verzinsung, während der Rest variabel verzinst ist.

Ein Fortbestand der gegenwärtigen Niedrigzinsphase ist aber nicht zu erwarten, was Millionen Euro, ein erhöhter Zinssatz realistisch zu erwarten sein wird.

Hinzu kommen, und auch das wurde beispielsweise von der KPÖ angesprochen, noch die endfälligen Schuldscheindarlehen, deren die Stadt Graz im letzten Jahr vier Stück aufgenommen hat. In diesem Fall überbindet die Koalition kommenden Generationen eine endfällige Summe in der Höhe von über 120 Millionen Euro, da die Stadt gegenwärtig lediglich die Zinsen, nicht aber das Kapital selbst tilgt.

Anstatt nun entsprechende Rücklagen zu bilden, Herr Stadtrat, wie das die Aufgabe wäre, und für die in Aussicht stehenden Belastungen vorzubauen, sprechen Schwarz

und Grün nun von weiteren Investitionen und einer daraus resultierenden Neuverschuldung.

In einer Grazer Tageszeitung habe ich die gelungene Formulierung gelesen, die Stadt Graz würde den Tisch aus der eigenen Tasche decken.

Das entspricht dem Bild, das ÖVP und Grüne von sich selbst gezeichnet haben, es entspricht nur leider nicht ganz der Realität.

Die beiden Parteien lassen im Rahmen ihrer durchaus gelungenen Selbstdarstellung nämlich ein kleines, aber entscheidendes Detail, buchstäblich unter den Tisch fallen. Das Gedeck der Gegenwart wird zu Lasten der Zukunft aufgelegt.

Ein weiteres Trugbild, das seitens unseres Finanzstadtrates gerne gezeichnet wird, ist die versuchte Darstellung eines positiven Reinvermögens der Stadt Graz.

Hier bediente man sich in der jüngeren Vergangenheit eines durchaus legalen und gar nicht so seltenen Tricks, der nur leider dazu geeignet ist, die Wahrheit über den finanziellen Gesamtzustand unserer Stadt weiter zu verschleiern.

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher: Können Sie zitieren, wo ich das gesagt habe?

GR. Ing. **Lohr**: Ich war in diesem Ausschuss nicht, aber das entspricht den Tatsachen, dann haben Sie es vielleicht nicht persönlich gesagt. Während in der Vergangenheit das öffentliche Gut unserer Stadt, jetzt hören Sie zu, was ich zu sagen habe, mit den Herstellungs- und Anschaffungskosten und den jährlichen Abschreibungen angesetzt wurde, hat man ab 2009 dieselben Straßen und Kanäle mit einer anderen Wertkomponente versehen und zum Wiederbeschaffungswert angesetzt. Durch

diesen Kunstgriff konnte eine Werterhöhung von 330 Millionen Euro vorgetäuscht werden.

Einzigster Schönheitsfehler: Welcher potente Investor kauft in der Realität eine Straße, einen Kanal oder vielleicht eine Ampelanlage?

In diesem Zusammenhang hat uns Herr Stadtrat Rüschi versichert, dass Dergleichen ohnehin nicht in den Voranschlag einfließe und dass Derartiges erlaubt sowie durchaus üblich sei.

Erlaubt mag es ja durchaus sein, aber seriös ist ein derartiges Vorgehen nicht. Die Stadt weist ein Vermögen aus, das in der Realität in dieser Höhe nicht existiert. Die Aussage, dass dieser Wertzuwachs ohnehin nicht ins Budget einfließe, ist dann schon nur mehr bedingt richtig.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass in der kameralen Haushaltsführung nur Geldflüsse dargestellt werden. Wenn nun aber die Stadt Graz im Vorfeld ein erhöhtes Vermögen ausweist, um dieses sodann mit Schulden zu belasten, werden durch den zweiten Vorgang budgetrelevante Geldflüsse erzeugt, die sich durchaus in der Haushaltsdarstellung wieder finden.

Ich erlaube mir noch ein winziges, aber nicht ganz unwesentliches Detail ins Treffen zu führen, eines habe ich noch, das überhaupt verschwiegen wurde.

Die Stadt Graz erwartet eine Erhöhung der Gesamtschuld auf 1.225.000.000. In dieser Darstellung nicht enthalten ist der Barwert künftiger Pensionen an Anspruchsberechtigte. Dieser beträgt abgezinst ungefähr 1,3 bis 1,5 Milliarden Euro. Das macht im günstigsten Fall eine Verschuldung von rund 2,5 Milliarden Euro.

Diesem Wert steht nun ein von der Stadt ausgewiesenes Reinvermögen in der Höhe von 2,56 Milliarden Euro gegenüber. In dieser Vermögensdarstellung sind nun auch die zuvor erwähnten Straßen, Kanäle und Denkmäler beinhaltet, die durch den

bereits erwähnten finanztechnischen Trick künstlich um mehr als 300 Millionen aufgeblasen wurden.

Die Vermutung liegt nahe, dass der Stadtrechnungshof das ähnlich sieht. Nicht ohne Hintergedanken wird im Prüfbericht des Stadtrechnungshofes zum Rechnungsabschluss 2010 folgendes Fazit gezogen:

„Die Gegenüberstellung der konsolidierten Finanzschuld und des Reinvermögens der Stadt Graz gibt lediglich Anhaltspunkte. Ein positives Reinvermögen der Stadt Graz ist nicht darstellbar.“

Mein persönliches Fazit und meine Beurteilung der künftigen Verhältnisse fallen leider nicht unbedingt besser aus.

In den kommenden Jahren werden einnahmenseitig aus bereits erwähnten Gründen Einbußen zu verzeichnen sein, während ausgabenseitig durch Zinsbelastungen, gestiegene Mietzinse, endfällige Kapitalforderungen und Pensionsverpflichtungen steigende Zahlungen zu befürchten sein werden.

Das Tafelsilber ist größtenteils veräußert. Von kommenden Liegenschaftspaketen darf also kein allzu hoher Gewinn mehr erhofft werden, und die gegenwärtige Schuldenpolitik wird auch nicht ad infinitum fortgesetzt werden können.

In dieser schwierigen Situation gilt mein Dank den Mitarbeitern des Magistrates Graz und im konkreten Fall all jenen Menschen, die keine Mühen und Anstrengungen gescheut haben, um diesen Haushaltsvoranschlag fertig zu stellen.

Während im Haus Graz von immer weniger Mitarbeitern zunehmend mehr Leistung erwartet wird, während die städtischen Bediensteten wesentlich zu einem funktionierenden Miteinander in unserer Stadt beitragen, dilettiert die Politik

ungeniert vor sich hin und lässt sich für ihre bescheidenen Leistungen auch noch feiern.

Sie, meine Damen und Herren von ÖVP und den Grünen, sind hierfür geradezu beispielhaft. Es ist Ihnen unter beschönigender Darstellung temporär günstiger Faktoren gelungen, das trügerische Bild einer budgetären Verbesserung zu zeichnen. Mit diesem Umstand rechtfertigen Sie, nicht ganz uneigennützig, unmittelbar vor der kommenden Gemeinderatswahl steigende, allerdings kreditfinanzierte Investitionen.

Es ist Ihnen zweifellos geglückt, diesen budgetären Euphemismus medienwirksam zu verkaufen und das Bild eines aus eigenen Mitteln gedeckten Tisches zu zeichnen.

In Wahrheit haben Sie mit Ihrer Politik sehenden Auges den finanziellen Handlungsspielraum kommender Generationen massiv eingeschränkt, sodass diese - um das Bild der gedeckten Tafel weiter zu verwenden - mit den sprichwörtlichen Handschellen bei Tische sitzen werden müssen.

Ich bin mir des Umstandes bewusst, dass Sie, meine Damen und Herren von ÖVP und den Grünen, heute mit Ihrer Stimmenmehrheit faktische Verhältnisse erzeugen werden, die uns alle binden.

Das ist das Wesen der Demokratie, das ist zur Kenntnis zu nehmen.

Die bereits gehaltenen und die noch kommenden Budgetreden sind reine Formsache. Sie werden am längst feststehenden Ergebnis der heutigen Abstimmung nichts ändern.

Ich bin mir all dieser Tatsachen bewusst, dennoch sehe ich es als meine Pflicht an, nicht zu schweigen, sondern meine Stimme zu erheben, wenn politische Entscheidungen zum Nachteil unserer Gesellschaft getroffen werden.

Die FPÖ wird diesem Voranschlag daher die Zustimmung verweigern.

Abschließend erlaube ich mir noch zwei Wünsche zu formulieren. Es ist ja Weihnachten.

Einerseits wünsche ich vor allem Ihnen beiden, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ist leider nicht anwesend, und sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi, ein sehr langes und erfülltes Leben in Zufriedenheit und in körperlicher sowie vor allem in geistiger Gesundheit.

Andererseits, und das hat meistens noch einen Haken, wünsche ich mir für die kommenden Jahre eine politisch aktive und mutige Grazer Gesellschaft, die zum gegebenen Zeitpunkt alle erdenklichen rechtlichen Mittel ausschöpfen wird, um die Verursacher der Finanzmisere – und sei es auch im fortgeschrittenen Alter – persönlich und mit ihrem Privatvermögen zur Verantwortung gezogen werden (*Applaus FPÖ*).

B Z Ö

Gemeinderat Gerald G R O S Z

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Konkursanten von Schwarz und Grün!

Kollege Rüschi, Budgetdebatte 2009 haben Sie sich selbst tituliert als sogenannter Ungünstl, heute strapazieren Sie Lisl Karstadt und Karl Valentin mit einem, wenn auch nicht passenden, Zitat. Ich möchte Ihnen ein Zitat des großen Karl Valentin mit auf die Reise geben „Herr Rat, ich wollte ja mehr aus der Kasse nehmen, aber es war halt nicht mehr drinnen“, Karl Valentin, der offenbar mehr betriebswirtschaftlichen Geist besessen hat als unser derzeitiger Finanzstadtrat. Nämlich es verschwiegen hat, dass man aus einer Kasse, in der nichts mehr drinnen ist, auch nichts mehr nehmen kann. Dass man aus den Taschen der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die unter der höchsten Abgabenquote zu leiden hat, halt nichts mehr herauspressen kann, dass man als zweitgrößte Stadt in einer Nation mit einer Steuer- und Abgabenquote von 44 %, Hochsteuerland Österreich, Hochsteuerstadt Graz, Hochsteuerabgaben- und Gebührenstadt Graz halt nicht mehr die Gebühren und Abgaben um 3 % erhöhen kann, weil die Menschen für ihren täglichen Bedarf nichts mehr haben und in diese Stadt bereits genug gezahlt haben, sehr geehrte Damen und Herren von Schwarz/Grün. Die Erkenntnis, Herr Finanzstadtrat, dass man ein Budget nicht einnahmenseitig sanieren kann, wenn man gleichzeitig seit vier Jahren es mit einer Weltwirtschaftskrise zu tun hat, die sehr wohl auf die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt durchgeschlagen hat, sondern die weise Erkenntnis vielleicht auch eines Karl Valentin, der Ihnen sagt, dass man zuerst die eigene Kasse sanieren muss, den eigenen Bereich, den eigenen Haushalt sanieren muss, im eigenen Bereich sparen muss, bevor man einmal mehr die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt belastet. Was machen Sie? Betriebswirtschaftliches Hütchenspiel, Sie stellen sich heute da her, und im Übrigen die letzten drei Wochen auch vor den Medien, und sagen, die Finanzen der Stadt sind saniert, wir haben einen konsolidierten

Schuldenstand, der konsolidierte Schuldenstand, der innerhalb von drei Jahren ein jährliches Defizit von 6 bis 7 % ausweisen wird, wenn wir heute davon ausgehen, dass der Gesamtschuldenstand bei 1,075 Milliarden Euro liegt und Sie selbst bekanntgeben, dass im Jahr...

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt unverständlich.

GR. **Grosz:** Kollege Wohlfahrt, Sie, der heute hier dem Gemeinderat mit der Märchenstunde belästigt hat, es gibt gute Schulden und es gibt böse Schulden, die guten Schulden sind die, die wir in unsere Wahlkampfzuckerl hineinstecken, die bösen Schulden sind die, die man in Pensionen steckt. Dieser betriebswirtschaftliche Hausverstand funktioniert nur dann, wenn man Ihrer These folgt, dass Geld ein Mascherl hat, nur, sehr geehrter Herr Wohlfahrt, solange Sie es noch nicht kapiert haben sollten, dann sage ich es Ihnen jetzt, Geld hat kein Mascherl und der Schuldenstand, egal ob er in Pensionen oder in den Beamtenbereich, in den Verwaltungsbereich hineinfließt oder neue Kredite aufzunehmen, weil man neue unfinanzierbare Projekte auf die Beine stellt, ist gleichzeitig ein Schuldenstand; und alle Schulden dieses Landes rauben den künftigen Generationen eine Überlebensemöglichkeit, um zum gleichen Wohlstand in dieser Stadt die nächsten Jahre und Jahrzehnte tätig zu sein.

Und zurückzukommen zum Finanzstadtrat Ungustl, Selbstzitat, vulgo Karl Valentin, Kollege Rüscher, wenn Sie meinen, dass der Gesamtschuldenstand, ihr sogenannter konsolidierter Schuldenstand im Jahr 2011 1,075 Milliarden Euro bedeutet und Sie selbst bereits heute das Schuldeingeständnis hier vor dem Gemeinderat abgegeben haben, dass der Schuldenstand bis ins Jahr 2014 auf 1,4 Milliarden Euro ansteigt und somit jährlich...

Zwischenruf Str. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher: Was ist das für ein Blödsinn?

GR. **Grosz:** Ihre eigenen Zahlen, gut, passt. Jahr 2011 1.075, Jahr 2012 1.225 Milliarden, Jahr 2013 1.291 Milliarden, Jahr 2014 1.327 und den Rechnungsabschluss werden wir selbstverständlich mit 1,4 Milliarden haben, weil die Zinsen nämlich auch steigen werden. Weil wir nämlich in einer Situation in Österreich uns befinden, wo selbstverständlich die Zinszahlungen steigen, weil auch Graz, wie der Bund, wie das Land und wie die Stadt die Reputation verlieren wird und damit auch mehr Zinsen zahlen wird. Kollege, ich gebe dir gerne ein Privatissimum. Einmal eine Erklärung, wie verantwortungslos es ist, diese Schulden in einer Zeit, wo mittlerweile bis in den kleinsten Kindergarten durchgedrungen sein müsste, dass Schuldenmachen gaga ist, dass du einmal mehr mit einer schwarz/grünen Koalition hergehst und den Schuldenstand der Stadt Graz um knapp 300 Millionen Euro die nächsten drei Jahre erhöhst. Kollege Rüscher, sage ich nur...

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher: Das habe ich nicht gesagt.

GR. **Grosz:** Frau Vizebürgermeisterin, ich glaube, der Herr Finanzstadtrat möchte noch einmal eine Budgetrede, Teil 2, halten. Vielleicht bevor er sich in Dauerzwischenrufen ergeht, vielleicht gibt man ihm die Chance, ihm noch einmal das Wort zu erteilen und dann rede ich weiter. Ansonsten ersuche ich Sie, Frau Vorsitzende, vielleicht dem Herrn Stadtrat zu sagen, dass Dauerzwischenrufe auch nicht unbedingt das Feine ist. Ich habe schon das eine oder andere verstanden, was er meint als Hilferuf.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Herr Gemeinderat, reden Sie weiter, wir wissen, wer da im Bereich des Dauerzwischenrufens Spitzenreiter ist in dem Saal.

GR. **Grosz:** Na wer? Frau Vorsitzende, ich ersuche Sie aber schon, für eine ordentliche Sitzung hier zu sorgen und auch wenn es Ihren eigenen Koalitionspartner betrifft, einen unabhängigen Vorsitz hier ein wenig walten zu lassen, denn das, was Sie vom Vorsitz hier aufführen, das ist viel aber nicht unabhängig.

Aber, sehr geehrter Herr Rüschi, Schuldenbremse ja, aber sofort, nicht Schuldenbremse erst im Jahr 2017, wenn alles kaputt ist, heute die Einsicht zu gewinnen, dass Schulden schlecht sind, aber erst im Jahr 2017 dann draufzukommen, dass wir endlich sparen sollten, Kollege Rüschi, das ist nicht der verantwortungsvolle Weg. Eine Schuldenbremse in diesem Land, wie es Ihre Partei, die ÖVP, die seit gefüllten 100 Jahren die Finanzpolitik der Republik in den Händen hält, im Übrigen seit 30 Jahre die Finanzpolitik in dieser Stadt in ihren Händen hält, nicht eine Schuldenpolitik und eine Schuldenbremse, die bedeutet, dass man sich zwar Schuldenbremse groß auf die Stirn tätowiert, aber andererseits bis 2017 weiterhin Schulden macht. Eine Schuldenbremse, die auch, das was wir fordern, ist eine Schuldenbremse, die auch gleichzeitig eine Abgabenbremse ist, eine Gebühren- und Abgabenbremse in dem Land. Denn wie kann es sein, dass die Menschen dieser Stadt Jahr für Jahr mit Gebühren und Abgaben belastet werden, nur damit Sie sich am Ende des Jahres hinstellen können und von einem konsolidierten Schuldenstand faseln können? Wenn Sie schon gesteigerte Gebühren und Abgaben in dieser Stadt einnehmen, dann erwarten sich aber auch die Menschen, dass dieser Haushalt positiv bilanziert und dass wir in Graz endlich ein Nulldefizit bekommen und nicht wieder ein gesteigertes Defizit bis 2014, das kein Mensch, keine Generation mehr dieser Stadt jemals zurückzahlen kann. Auch wenn die Wünsche des Kollegen Lohr nach bester Gesundheit in geistiger und körperlicher Verfassung, dem schließe ich mich gerne an, nur, glauben Sie denn wirklich, dass Ihre Generation bei bester gesundheitlicher Verfassung diese Schulden noch zurückzahlen wird können? Glauben Sie wirklich,

dass es ihre Kinder machen werden, 14, Milliarden? Galoppierende Schulden, die bis ins Jahr 2020 noch steigen werden? Ein Doppelbudget, das wir heute de facto beschließen, weil ja das nächste Jahr ein Budgetprovisorium durch die Gemeinderatswahl ist, das diese Schuldenpolitik weiterhin fortschreibt und Sie nicht einsichtig werden, endlich von dem Schuldengaspedal herunterzusteigen? Sie hören es jetzt, dass die Weltwirtschaft zusammenbricht wegen der Finanzmärkte, wegen Spekulationen gegen Schuldenländer. Sie hören, dass in der Republik Österreich alles getan wird, um die galoppierenden Schulden einzubremsen. Sie lesen jeden Tag in der Zeitung, dass es auf Landesebene eine Reformpartnerschaft gibt, die auch in der Steiermark möglicherweise ein Nulldefizit ausrufen wollen und dann gehen Sie in dieser Situation her und legen einmal mehr ein Schuldbudget am Tisch, das 1,4 Milliarden Euro bis 2014 bedeuten? Dann gehen Sie heute einmal mehr her und verkündigen in Interviews in Tageszeitungen, dass Sie von einer Schuldenbremse nichts halten, ich erwähne ja gar nicht das Zitat, das der Kollege Lohr gebracht hat, dass mich ja schon fast an Kreisky erinnert hat, der Kreisky hat wenigstens gesagt, ihm bereiten die paar Milliarden Schilling Staatsschulden keine schlaflosen Nächte, Sie sagen, eine gute Stadt ist nur eine Stadt, die Schulden macht. Da sind Sie von dem Herrn Kreisky nicht weit entfernt und von seiner sogenannten Schuldengesinnung, die er gehabt hat. Sollten Sie sich einen Orden auf ihre Revers stecken für den Applaus, den Sie von dieser Seite bekommen für Ihre Schuldenpolitik, die Sie in dieser Stadt betreiben. Sie definieren...

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Das ist wirtschaftliche Finanzpolitik, das kennst du nicht.

GR. **Grosz:** Das soll Ihnen der Herr van der Bellen einmal erklären, weil der versteht nämlich was davon. Sie definieren in der Manie einer Frau Laura Rudas, weil sonst habe ich es noch nie gehört, die guten Schulden und die schlechten Schulden. Kollege Wohlfahrt, jede Schuld, die diese Stadt aufnimmt und damit den Menschen dieser Stadt belastet und die künftigen Generationen ist eine schlechte Schuld. Und daher frage ich mich, warum Sie mit Ihrer Stimme heute 200 Millionen Euro mehr Schulden einzementieren bis 2014. Warum machen Sie das? Welcher Verbrecher, welcher Dieb, welcher grausliche Mensch hindert Sie denn daran, sofort die Schuldenbremse mit Leben zu erwecken und erst auf das Jahr 2017 zu warten, ist es jetzt noch so lässig, bis 2017 Schulden zu machen, so holladaro bis 2017 haben wir noch Zeit, da können wir noch locker ein paar hundert Millionen Euro hinausflacken, aber 2017 dann sind die Schulden natürlich nicht mehr so gut. Was hindert Sie daran, heute, und wir werden ja auch einen Abänderungsantrag bei diesem Tagesordnungspunkt einbringen und auch einen dringlichen Antrag dann zum Tagesordnungspunkt der Dringlichen, was hindert Sie daran, für das Jahr 2013 eine Schuldenbremse mit einem Nulldefizit zu beschließen, was hindert Sie daran, eine Abgaben- und Gebührenbremse für diese Stadt zu beschließen, damit wir die Stadtregierung endlich dazu zwingen, im eigenen Haushalt zu sparen, im eigenen Bereich zu sparen und was hindert Sie daran, Sanktionen für eine sogenannte Schuldenbremse einzuführen? Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass jedes Gesetz, dass du nicht mit einer Sanktion belegst, jedes Reglement, dass du nicht mit Sanktionen belegst, wertlos ist. Eine Schuldenbremse, die keine Sanktionen vorsieht bis hin zu einer persönlichen Haftbarkeit oder einem Amtsentzug, ist wertlos. Eine Schuldenbremse, die du erst im Jahr 2017 machst, wird uns bis dorthin finanzpolitisch, auch die Stadt Graz, zertrümmern.

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi: Wieso weißt du das?

GR. **Grosz:** Ist so, nicht lachen, Sie zahlen das ja von Ihrer Pension nicht, die 1,4 Milliarden Euro, Sie zahlen die 1,4 Milliarden Euro nicht zurück, Sie machen es zwar wie ein Zechpreller, Sie machen jetzt die Schulden, zahlen aber diese Zeche nicht mehr, das ist Ihr Problem. Sie sitzen in wenigen Jahren am Rentnerbankerl, währenddessen künftige Generationen dieser Stadt diese Zeche zahlen müssen, die Sie uns hinterlassen haben, mit der Frau Rücker und mit dem Herrn Nagl.

Zwischenruf GRin. Jahn: Bitte keine Altersdiskriminierung.

GR. **Grosz:** Das sagt mir das biologische Datum, dass manche Leute in dem Gemeinderat noch immer in der Politik stehen werden, währenddessen andere am Rentnerbankerl bereits Platz genommen haben, das sagt mir das Alter ganz einfach. Und daher sage ich Ihnen, Sie werden diese Schulden nicht zahlen, Sie werden für diese Schulden nicht verantwortlich sein, die jetzt gemacht werden, und das ist das Verantwortungslose. Sie hätten gerade jetzt die Chance anhand auch der politischen Diskussion, die hier nicht nur in Graz vonstatten geht, nicht nur im Land, im Bund, sondern auf europaweiter Ebene, hätten ja gerade jetzt die Chance, einen guten Ausweg zu finden und im Rahmen dieser Diskussion die nötigen Verwaltungseinsparungen zu machen. Verwaltungseinsparungen bedeuten aber nicht, und da schließe ich mich dem Kollegen Herper an, Verwaltungseinsparungen bedeuten aber nicht, dass man den Pinsel und die Farbe in die Hand nimmt und zum fünften Mal die Schilder neu malt bei der Holding Graz drüben. Verwaltungseinsparungen bedeuten nicht, dass man den Kopfbereich, die Häuptlinge immer fetter werden lässt, währenddessen immer weniger Indianer für diese Leistung laufen müssen, das bedeutet nicht Verwaltungseinsparung. Dass sich die Frau Rücker ihre Personalwünsche erfüllt, drei Vorstände in der Holding Graz zu

haben, nur weil jetzt Schwarz/Grün und nicht mehr nur Rot drüben sitzen darf, das ist keine Verwaltungseinsparung in der Holding Graz, sehr geehrte Frau Rücker. Sie befinden sich mit dieser Politik auf bestem Wege der abgewählten Proporz- und Privilegenregierungen, die es gegeben hat in den 90er-Jahren, da hat auch neben jedem Schwarzen und neben jedem Roten muss jetzt halt ein Grüner immer daneben sitzen als Aufpass-Wauwau, damit hier ja nichts parteipolitisch unter der Hand weggeht. Sie besetzen Ihre Aufsichtsräte mit Parteigängern, die von Hauswirtschaft oder null logischen Hausverstand eigentlich besitzen, anstatt dass Sie diese Aufsichtsratsmandate nutzen, um zumindest mit Experten besetzen. Sie sagen, Sie wollen keine Parteipolitiker mehr in diesem Bereich drinnen haben und haben diese ganzen Aufsichtsräte, Sie haben zwar die Opposition entfernt, haben aber in die ganzen Aufsichtsräte Parteipolitiker hineingesetzt, die von der Materie null blassen Schimmer haben, was wir allein bei der Diskussion rund um die Securitas Graz gesehen haben, wo der Aufsichtsrat der Holding eindrucksvoll versagt hat in dieser Situation.

Sehr geehrte Damen und Herren! Dieses Budget findet keinerlei Zustimmung, dieses Budget bedeutet für uns den Tatbestand der Untreue und der fahrlässigen Krida, so nennt sich das im Finanzstrafrecht, fahrlässig Krida. Mich wundert, dass dem Budget der Sigi Nagl so wortlos seine Zustimmung erteilt, mir wurde ja gesagt, dass er vor grauen Zeiten irgendwann einmal selbst in der Privatwirtschaft tätig war und da hätte ihm da der logische Hausverstand erklären können, dass sein privates Unternehmen nicht mehr Schulden machen kann als seine Teller drüben wert sind, das ist eine ganz eine einfache Regelung, so ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen auch keinen betriebswirtschaftlichen Erfolg mehr hat, in Graz schafft man die Quadratur des Kreises, man gibt mehr aus, als überhaupt diese Stadt noch an Wert hat oder Haftungen, dafür belasten Sie jede Bürgerin und jeden Bürger dieser Stadt mit exakt 33.000 Euro pro Kopf, das sind die Staatsschulden, mit den Stadtschulden zusammengerechnet, ganz eine einfache Rechnung, dividiert durch die Hauptwohnsitzeinwohner dieser Stadt 33.000 Euro, eine halbe Million Schilling, haftet jede Bürgerin und jeder Bürger für Ihre Schuldenpolitik in dieser Stadt und

dafür dürfen die Leute dann auch noch Gebühren zahlen. Im Übrigen, Gebühren und Abgaben, die der realen Leistung, dem Gegenwert ja gar nicht mehr entsprechen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger der Stadt private Unternehmen für Kanal, für Straße etc. engagieren, kommen sie im Übrigen mittlerweile günstiger aus als mit den Gebühren und Abgaben die sie an die Stadt zu zahlen haben, denn diese Gebühren und Abgaben stellen keinen Gegenwert mehr dar, den man den Bürgern in die Hand drückt. Das heißt, die Bürger zahlen für die Gebühren und Abgaben mehr, als sie von der Stadt wieder zurückbekommen und dass da einiges aus dem Ruder läuft, das dürfte selbst Ihnen von den Grünen ja nicht entgangen sein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Budget wird daher nicht unserer Zustimmung bekommen, wir werden es auch mit allen Mitteln bekämpfen, weil es ein schlechtes Budget ist, weil es den künftigen Generationen jeden Handlungsspielraum nimmt und daher bringe ich einen Zusatzantrag des Gemeinderates Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen, zu diesem TOP 1, betreffend Beschlüsse zum Voranschlag der ordentlichen Gebärung 2012, ein.

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen: Die Grazer Stadtregierung sowie der Gemeinderat der Stadt Graz bekennen sich im Interesse von kommenden Generationen zu einem umfassenden Abbau von Schulden. Die Grazer Stadtregierung wird aufgefordert, im Gemeinderat der Stadt Graz einen Beschlussentwurf vorzulegen, der das künftige Verbot einer budgetären Neuverschuldung unter Berücksichtigung einer Deckelung der Abgabenquote (Abgaben- und Gebührenbremse) sowie entsprechende Sanktionen bei Nichteinhaltung ab 2013 vorsieht. In formeller Hinsicht wird weiters beantragt, diesen Antrag auch dem Finanzausschuss zuzuleiten.

Ich ersuche daher um Ihre Zustimmung, auch im Interesse der künftigen Generationen, die diese Schulden einmal erst abtragen müssen und für jene Bürgerinnen und Bürger, für die diese Schulden ein Mühlstein ihrer künftigen Entwicklung bedeutet. Ich danke (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. Gerhard M A R I A C H E R (Parteilos)

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Budget 2012 ist ein weiterer Tanz auf dem Vulkan der Schulden, die in Graz gemacht worden sind in den vergangenen Jahren und es wird sogar mit größerer Geschwindigkeit fortgesetzt.

Die Außensicht ist klar, was als Schuldendebakel in Griechenland begann, habe sich zu einer Finanz- und Währungskrise mit multiplen Ursachen ausgewachsen. Aus einem Bronchialkatarrh ist eine beidseitige Lungenentzündung geworden. Ein Multiorganversagen ist nicht mehr auszuschließen. Auch Graz hat diese „politische Infektionskrankheit“ fest im Griff. Doch die Schuld dafür wird immer bei den anderen gesucht, bei den Griechen und Portugiesen, bei den international tätigen Banken, bei Fonds, und schlussendlich bei den Rating-Agenturen. Besonders bei letzteren, die halt teilweise lustvoll die Faust in die bereits offen klaffende Wunde stoßen. Die Politik heult erfahren auf, zeigt mit dem gestreckten Zeigefinger auf „die Bösen“ und ist selbst zutiefst asozial, indem sie die Schuldenpolitik nicht konsequent beendet. Denn Schulden zu machen, ist geradezu das Musterbeispiel für einen Transfer von unten nach oben – plus Diebstahl an der Zukunft unserer Jugend. Dass Wirrköpfe wie zuletzt die sozialistische Jugend meinen, es sei völlig egal, man denke eh gar nicht daran, jemals die Schulden zurückzuzahlen, ist dann eine Offenbarung bereits betreffend realen Sozialismus. Auch das fällt Graz bereits heute auf den Kopf.

Exakt diesen „Polit-Webfehler“ der nunmehr schwarz-grünen Politik gehen wir in Graz konsequent und unbeirrt weiter. Interessant, dass es zuvor mit Schwarz-Rot um nichts besser war – doch man sieht, die „Konstante“ beim Schuldenmachen in Graz ist die ÖVP. Und wenn sich die Stadt Graz mittlerweile für die Schuldenfinanzierung ins Ausland begeben muss, Herr Kollege Wohlfahrt, wir haben es erlebt im letzten Jahr, weil es hier zu Lande nur mehr ein „sehr verhaltenes Interesse“ der Banken gibt, der

Stadt Graz Geld zu borgen, schrillen bereits die Sirenen – aber Rüschi, Nagl und Co setzen auf Oropax.

Kratzt man in den Grazer Budgetzahlen etwas tiefer und lässt sich nicht mit den PR-Meldungen des Bürgermeisters und des Finanzstadtrates „abspeisen“, kommt das Finanzdesaster der vergangenen Jahre zum Vorschein, das sich auch 2012 fortsetzen soll, geht es nach der Regierungsmehrheit. In den vergangenen 10 Jahren hat sich der konsolidierte Schuldenstand der Stadt Graz mitsamt seinen Unternehmen und Beteiligungen von 600 Mio. EUR auf nunmehr 1.225 Milliarden Euro mit Ende 2012 mehr als verdoppelt. Eine unglaubliche negative Bilanz, die hier SPÖ, ÖVP und Grüne zu verantworten haben, insbesondere Bürgermeister Nagl, der seit 2003 den Bürgermeister stellt und zuvor von 1998 bis 2003 Finanzstadtrat war.

Die „nackten“ Zahlen des uns dargelegten Voranschlags sind neuerlich erschreckend. Es ist einfach ein Lügenmärchen, dass die Grazer Stadtregierung ein „solides“ Budget für 2012 vorgelegt hat. Was daher begründet abzulehnen ist.

Auf Basis der präliminierten Einnahmen samt der heute zu beschließenden Verteuerung von Abwasser, Müll, Hundeabgabe etc. schlagen sich die Einnahmen „nur“ mit 833,5 Millionen Euro zu Buche. Und darin sind auch Gewinnentnahmen von Unternehmungen der Stadt Graz im Ausmaß von 20,6 Millionen Euro enthalten, was de facto einem Aushungern der städtischen Betriebe, plus einer Entgelttreiberei, gleichkommt.

Denn diesen Einnahmen stehen Gesamtausgaben in der Höhe von sage und schreibe 982,4 Millionen Euro aus den Töpfen des ordentlichen Haushalts und des außerordentlichen Haushalts gegenüber. Das ergibt frei nach Adam Riese eine Neuverschuldung von 150 Millionen Euro für die Stadt Graz. Die Bescherung zu Weihnachten für die Grazerinnen und Grazer, liebe Kollegin Potzinger, ist die Einnahmenoptimierung, wie es so schön bei euch heißt, bei Parkabgaben bis hin zu weitaus steigenden Öffi-Preisen, Energiepreisanstieg bei der Fernwärme etc.

Neue Park-&-Ride-Häuser wird es in Zukunft nicht geben, dafür aber Luxusradwege für 2.000 Euro pro Laufmeter, wie gehabt, und zahlreichen weiteren Polit-Unsinn und Blendwerk.

Daher werde ich anhand von exemplarischen Betrachtungen aufzeigen, dass es einen insgesamt schädlichen bis desaströsen Budget-Zustand gibt, eben nicht nur betreffs des Zahlenwerkes, sondern noch viel mehr von der Intention her.

Und dass es hinter diesem politischem Blendwerk konkret Schuld und Versagen gibt und dass es für die Grazer BürgerInnen massiven Schaden bedeutet sowie massive Probleme für die Zukunft, für uns und die unserer Jugend.

Gestatten Sie mir, dass ich mich Frau Stadträtin Kahr und den Sozialwohnungen und Gemeindewohnungen der Stadt Graz zuwende.

Wenn ich mir die Frage stelle, was kostet die Stadt Graz eine Gemeindewohnung in Gesteuerung und Erhalt, Verwaltung, etc. greift man ins Leere. Aber dem kann abgeholfen werden, nicht zuletzt dank eines mich hierbei freundlicherweise wohlwollend begleitenden Gewerkschafters, dem es „anstinkt“, dass seine fleißigen Mitglieder, meist Facharbeiter, die sich trotz deren Fleißes meist keine dieser Wohnungen am freien Markt leisten können. Frau Stadträtin Kahr, erwarten Sie eine Anfrage von mir, wo Sie Auskunft geben werden, was und in welcher Bandbreite der Stadt Graz und damit den Grazer Bürgerinnen und Bürgern eine Gemeindewohnung kostet, und welche Mehrkosten eine nicht zum Zug kommende Familie zu gegenwärtigen hat. Dann wird man es nämlich sehen, dass es höchst asozial ist, wenn die mittlerweile aus mehreren Quellen unterfütterte Behauptung, es wohnen in den über 10.500 Grazer Sozialwohnungen in einem Umfang von bis zu 10% die „Falschen“ drinnen sind. Dann wird es darstellbar sein, welche asoziale Gesinnung diese Laissez-faire-Haltung der Frau Kahr darstellt, und dass die Frau KPÖ-Stadtrat mit ihrem Verzicht, mit den ihr anvertrauten Sozialwohnungen sorgfältig und auf bestmögliche Wirkung Bedacht zu nehmen, evidenten Missbrauchshinweisen nachzugehen, und solche abzustellen, wohl mehr nach dem Geist der „roten KPÖ-Millionärin Fini“

handelt, zum Schaden der wahrhaft Bedürftigen. Und es ist nun mal keine Mär, dass Sozialwohnungen in Graz „vererbt“ oder unter der Tuchent untervermietet werden.

Auch die Wirtschaft gehört zu den finanziell Geschädigten, so wird etwa das „Konfuzius Institut Graz“ jährlich mit einem fünfstelligen Eurobetrag gefördert, nur mit dem „Webfehler“, dass dieses Geld zum Großteil die chinesische Exportmaschinerie ankurbelt und dessen Erfinder – er sei ja so rührig und nett - dessen chinesischen Vertrieb in Österreich damit ausbaut. Eine Steigerung unseres Exportes nach China und damit eine bessere Absicherung unserer Grazer Betriebe sowie der hier bei uns bestehenden Arbeitsplätze wird aus dieser völlig missglückten Wirtschaftsförderung in Graz, Frau Stadträtin Grabner, nicht erwachsen. Ein besonders plakatives Beispiel.

Vorweg, die FF-Graz ist ein ganz besonders exemplarisches Beispiel, wie die Politik etwas vergeigt, anfangs eine durchaus überlegenswerte Idee, aber sagenhaft an die Wand gefahren. Und mögen die mir irrigerweise gramen Gründer und Mentoren sich doch mal mit der Außensicht ihres Misserfolgs und der Kosten auseinandersetzen.

Mit dem Skandal rund um die FF Graz werden wir alle sagenhaft ungeniert geprellt. In jene Freiwillige Feuerwehr Graz, die wohl als ein geplantes Nachwuchscamp der Jungen ÖVP angedacht war und als Parallelorganisation zur etablierten Berufsfeuerwehr errichtet wurde, sind bereits deutlich mehr als 1 Million Euro aus Budgetmitteln der Stadt und des Landes geflossen, Stadtrat Rüschi nannte 789.000 Euro am 7.7.2011. Dieses schwarze „Projekt“ ist ganz klar gescheitert. Und um es mal auf den Punkt zu bringen, die Beschaffung der neuen Löschfahrzeuge für unsere Berufsfeuerwehr klemmt an knapp 500.000 Euro, und tüftelten und berieten bislang schon ein dutzend Gemeinderäte mehrfach in den Ausschüssen, wie man das lösen könnte. Und das Doppelte verbrauchte die schwarze Erfindung namens FF-Graz, besser wohin versickert das Geld? Wobei, um das mal in Proportion zu setzen, bei zwar nominal gut 100 Mitgliedern und geschätzt 40 einsetzbaren Aktivisten finanziert die Stadt Graz damit jede dieser Personen bislang mit rund 25.000 Euro, das heißt,

mit rund 1.000 Euro jedes Monat, seit es die schwarze Erfindung FF-Graz gibt. Eine bemerkenswerte Zahl, und dass die Zahl der „Einsätze“ zwischen der Statistik auf der Homepage der Stadt Graz und deren Eigendarstellung divergiert, ist wohl schon erwartbar.

Dass die Stadt Graz bis dato mit Schulden, Krediten, etc. bei der FF-Graz konfrontiert ist, irritiert genauso wie das „Auftauchen“ von 40.000 Euro aus einer „separaten Kassa“, die als Eigenmittel benannt werden. Das zeigt: Sozialisieren der Kosten und Privatisieren der Einnahmen steht hier auf der Tagesordnung. Da ist es kein Wunder, dass mich bereits Sicherheitsfirmen wegen der Dumping-Angebote der ja hoch subventionierten FF-Graz kontaktierten. Und nicht zuletzt, laut Stmk. Feuerwehrgesetz hat unser Bürgermeister - ad personam und nicht delegierbar - das Recht, bei den Sitzungen der FF-Graz dabei zu sein und vollumfassend Auskunft zu begehren. Also weiß Bürgermeister Nagl alles, was dort abgeht, oder es interessiert Bürgermeister Nagl einfach nicht. Und Letzteres bedeutete deren Übergangskommandant couragiert – um es höflich auszudrücken, es dreht sich ja gerade wieder das Ringelspiel an der Spitze, wir, die Stadt Graz, seien eh gesetzlich verpflichtet zu zahlen, und ich sage dazu ganz klar. Nein, wir sind es nicht. Wir, die Stadt Graz, sind gesetzlich verpflichtet, eine Feuerwehr zu betreiben, die haben wir mit unserer erfahrenen und wirkungsstarken Berufsfeuerwehr. Daher Schluss mit lustig und dorthin, nämlich zur Berufsfeuerwehr, ist unser Feuerwehretat zur Gänze und ohne Abstriche zu lenken und dort zu verwenden. Punktum sage ich dazu.

Wie reagiert denn die Regierungsmehrheit bei Anträgen? Ich beantragte, den Schutz der personenbezogenen Daten in der Stadt Graz zu evaluieren. Die ÖVP erklärt dies unter Nutzung der PR-Maschinerie des Grazer Bürgermeisters am nächsten Tag als ihren eigenen Erfolg, ganz sicher gratis, ich bin interessiert, ob Budgetmittel verwendet worden sind dafür. Ich beantragte, die Solarthermie- und Photovoltaikanlagen sowie thermische Sanierung beziehungsweise Verbesserung in unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden breit zu ermöglichen. Die Mehrheit im Gemeinderat stimmte zu – aber nichts passiert. Der Schaden gerade fürs Zentrum der

Stadt Graz, unsere Altstadt, und die Umwelt ist evident, und welche Auftragsvolumen einerseits und welche Abgasminderung andererseits wären damit lukrierbar, und nicht zuletzt welche Kostenvorteile für Grazer BürgerInnen.

Ich beantragte, dass es im Sinne von Transparenz zur Live-Übertragung unserer Gemeinderatssitzungen in Graz kommen soll. Der Gemeinderat stimmt dem einstimmig zu – doch Schwarz/Grün verlässt den Saal und torpediert dieses Vorhaben. Na eh klar, vor solchen Peinlichkeiten live auf die Bildschirme von ein paar tausend GrazerInnen gebracht, würde ich mich an Ihrer Stelle auch fürchten. Und als Argument werden die Kosten vorgeschoben. Ich bemerke dazu, der steirische Landtag, keine 200 Meter Luftlinien von hier entfernt, bringt das mühelos zustande. Lassen Sie sich doch nicht auslachen wegen dieses Einsparungsvorwandes.

Stattdessen beschäftigte sich Schwarz/Grün im letzten Jahr über viele Monate hinweg mit Phantastereien. Man malte es sich bereits aus, wie ein „Nagl-Triumphbogen“ oder eine „Rücker-Avenue“ im Stadtteil „Reininghaus“ aussehen würde. Stets frei nach dem Gedanken: Was dem Vorgänger und Vergeudungsweltmeister Stingl mit Murinsel, Marienlift und Kunsthaus gelang, wird wohl noch von Nagl und Rücker übertroffen werden können.

Ich bin mir heute mehr denn je sicher, dass uns damit ungeschaut ein 100-Millionen-Euro-Desaster zumindest vorläufig erspart geblieben ist.

Ins Stammbuch: Wem es nicht gelingt das Thalia-Grundstück fertig zu bauen und wem es nicht gelingt, den Andreas-Hofer-Platz zu gestalten, sollte von einem Gigantenprojekt wie Reininghaus gefälligst die Finger lassen.

Und ich sage, es ist mittlerweile bereits Schaden für die Stadt Graz eingetreten, statt dass dort ein Mix an Firmen und Wohngebäuden entsteht, und sich daraus Einnahmen für die Stadt Graz und für unsere lokale Wirtschaft lukrieren lassen, geriert sich die Stadt Graz dabei als Dolm. Und selbst in deutschen Zeitungen „lächelt“ man darüber.

Wo bleiben etwa die kritischen Stimmen aus der SPÖ in Richtung „ihres“ ehemaligen Bürgermeisters Stingls, der als „Verjuxer“ von Grazer Vermögen in die Geschichte der

Stadt Graz eingegangen ist. Für „sein“ Kunsthaus haben wir weiterhin jährliche stolze Budgetbrocken zu berappen. Und kein Ende ist in Sicht. Im kommenden Jahr 2012 werden es zusätzlich zu den budgetierten Landesmitteln weitere 947.300 Euro sein, die für diesen „Palazzo prozzo“ ausgegeben werden.

„Das Kunsthaus entwickelte sich zu einer Geldvernichtungsmaschine!“ Ein treffliches Zitat aus dem neuen FALTER, und wenn selbst diese ihnen normalerweise gewogenen Postille das schreibt, dann sollte das ein Alarmzeichen sein.

Mit dem Geld des Kunsthauses zum Beispiel für 2012 könnten die gesamten Budgets für Altenheime (299.500 Euro) und Tagesheimstätten (561.600 Euro) komplett abgedeckt werden. Und es würde sogar noch Geld übrig bleiben.

Herr Stadtrat Grossmann, wenn Sie als Politiker sich Meriten um Graz verdienen wollen, dann raffen Sie sich doch auf und verkaufen doch diesen Bau. Die Lage ist ok, eine Adaptierung mit ein wenig gutem Willen möglich und mit den damit frei werden Mitteln unterstützen Sie dann ordentlich alle jene, die in Graz nebenberuflich sich kreativ beziehungsweise künstlerisch betätigen, und insbesondere aber alle jene die sich entschlossen haben und talentiert sind, Kunst und Kreativität zum Brotberuf zu machen.

Das Kunsthaus war bis dato die Fehlinvestition des Jahrhunderts, gefolgt auf Platz 2 der Versagensliste von der Verlängerung der Straßenbahnlinie 6, die noch keine entsprechende Nachfrage findet.

Die Banken haben der Stadt Graz bereits einmal die „rote Karte“ gezeigt. Dem konnte in der Not nur begegnet werden, indem Graz am deutschen Kapitalmarkt Geld aufnahm. Das zeigt, dass in Ergänzung einer Finanzpolitik des Schuldenstopps an einer beginnenden Schuldenrückführung kein Weg vorbei geht. Und dafür wäre eine Chance da, auf Vertrauen und Verbundenheit vermögender Grazerinnen und Grazer zu setzen (*Bürgermeisterstellvertreterin Rücker läutet mit der Ordnungsglocke*), der Stadt Graz Geld in Form von „Bürgeranleihen“ verbunden mit verbrieften (Informations-)Rechten und unter Gewährung eines „ortsüblichen“ Zinssatzes für

konkrete sinnvolle und wirtschaftliche Großprojekte in Graz zur Verfügung zu stellen. Besser unsere Bürger borgen unserer Stadt Graz Geld und die Zinsen bleiben da, als die mittlerweile wöchentlich geschätzte Zinsen-Million landet irgendwo im Ausland.

Eine „Bürgeranleihe“ verschafft der Stadt Graz sicher mehr Luft und Unabhängigkeit gegenüber dem regierenden Bankensektor. Aber das ist natürlich gar nicht möglich, denn die GrazerInnen, die durchaus Interesse hätten, würden dann natürlich präzise und vollinhaltliche Auskunft begehren, wofür denn dieses Geld Verwendung finden soll, und spätestens hier ist bei den Regierenden Schluss mit lustig – und damit weg mit dieser Teufelsidee „Bürgeranleihe“.

Damit verbunden ist natürlich klar, die Stadt Graz braucht eine völlig neue Partizipation mit den Bürgern. Die Missachtung bis teilweise Verhöhnung von Bürgerinitiativen ist ebenso wenig eine Empfehlung wie die Einrichtung eines völlig ineffizienten Bürgerbeirates, der eine respektable Summe braucht, der nur die Aufgabe hat, Bürgeranliegen abzufedern, die sodann führende Politiker der Stadt Graz versanden lassen. Hier muss ein völliger Paradigmenwechsel in der Stadt Graz her – sowohl seitens der Politik als auch seitens der Verwaltung -, die die Bürgerinnen und Bürger wieder ernst nimmt (*Bürgermeisterstellvertreterin Rücker läutet mit der Ordnungsglocke*).

Wenn die Grazer Stadtregierer über Erlöse nachdenken, dann einzig und allein, wie man den nächsten Griff in die Geldtaschen der Grazer BürgerInnen plant, exemplarisch und angesichts der vollmundigen Antrittserklärungen die schon unverschämt werdenden Preistreibereien bei den Grazer Öffis, Frau Vizebürgermeisterin. Statt zum Beispiel den da und dort deutlichen Überhang an Ressourcen in der Grazer Verwaltung mittels Dienstleistungsverbund mit den Grazer Umlandgemeinden in Erlöse umzusetzen, oder auch umgekehrt, nichts geschieht. Auch zum Schutz von „irritationsresistenten“ ParteigängerInnen, bekannterweise.

Oder das eminente Problem um die ausufernde Kriminalität in Grazer Wohngebieten. Hier scheut Frau Stadträtin Kahr, wie sie sagte, 300 Euro je Haus, um Haustüren

sicherer zu machen. Das führe ich auf ein „Not-invented-here“-Syndrom zurück; bemerkenswert ist dazu, dass auch die ÖVP hier auch auf der Bremse steht, nämlich im Zusammenhang mit mehr Rechten, Festhalterrecht für die Grazer Ordnungswache.

Was muss in Graz geändert werden. Im Vorgehen: Es braucht mehr Esprit, es fehlt Esprit und zweitens, es muss beim Personal gespart werden. Schon Kanzler Faymann hat nach der Rückkehr aus Brüssel gemeint, es braucht wieder mehr Geld im Budget, es muss eine Verwaltungsreform her, hier ist Graz wirklich säumig.

Und drittens, es muss gegen Fehlentwicklungen eingeschritten werden. Es ist halt zu kommod, hinzugehen und alles abzulehnen beziehungsweise wie der Landeshauptmann Dörfler in Kärnten rauszugehen und Hunderte Euro zu verteilen, Hundert-Euro-Banknoten zu verteilen. Einsparungen im Bereich von zumindest 5 bis 7 %, ich nenne hier eine konkrete Zahl, müssen in der Grazer Verwaltung möglich sein.

Aber so wie das ausschaut im Budget, so wird es nix und wenn die Stadt Graz und insbesondere der Grazer Gemeinderat nicht von couragierten und kompetenten Personen gestellt wird, die auch Lebenserfahrung, Verantwortungsgefühl und Moral mitbringen, dann werden sich die Dinge ganz sicher eher zum Schlechteren als zum Besseren entwickeln (*Bürgermeisterstellvertreterin Rücker läutet mit der Ordnungsglocke*).

Und zur Abrundung ein Schmankerl, das ich der Trefflichkeit und Tiefgründigkeit wegen noch erwähne – letztens im „Standard“. Der Autor sprach: „Ein Staat ist nicht sozial, wenn er ständig mehr ausgibt als einnimmt. Unverständlich, dass so viele Linke das fortschreiben wollen.“ und Zweitens: „Schuldenmachen ist für die Politik eine bequeme Sache. Sie muss sich mit niemandem anlegen. Strukturen, Systeme, Gewohnheiten und Privilegien, auch Steuerprivilegien, können unangetastet bleiben. Die Bürger spüren - vorerst - nur die Wohltaten. Die Lawine wächst lautlos. Bis es knallt. Wir sehen, was dann passiert oder unter dem Druck der Märkte, die dann ruinös steigende Zinsen für Staatsanleihen verlangen, passieren muss. Dann ist Schluss mit "sozial". Dann trifft es die Schwachen“. Wer sagte das? Heinrich

Breidenbach in den 90er-Jahren Pressesprecher der Grünen in Salzburg, die Grünen in Graz setzen den Ritt auf dem Vulkan weiter fort. Ich stimme dem Budget daher klarerweise nicht zu. Danke.

GR. **Grosz** zur Geschäftsordnung: Hoher Gemeinderat, ich ziehe den Zusatzantrag zum Budget-Tagesordnungspunkt 1 Schuldenbremse zurück, weil er nicht zulässig ist, weil ja er als dringlicher Antrag ohnedies heute im Gemeinderat behandelt wird. Daher jetzt nicht beim Budget, sondern danach beim Dringlichen, aber formell gehört er zurückgezogen und das tue ich hiermit.

Unterbrechung des Gemeinderates von 12.35 bis 14.07 Uhr.